

Dringliche Interpellation von Pascal Schmid, Mathias Tschanen, Hermann Lei und Oliver Martin vom 17. Februar 2021 "Stop Lockdown - für eine verhältnismässige und evidenzbasierte Corona-Politik" (20/IN 18/123)

Beantwortung

Präsident: Gemäss § 50 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Grossen Rates kann eine Interpellation, für die dringliche Behandlung beschlossen worden ist, mündlich beantwortet werden. Regierungsrat Urs Martin hat das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Interpellation.

Regierungsrat **Martin:** Der Regierungsrat hat bei der Debatte über die Dringlichkeit ein bisschen den Eindruck gewonnen, dass der Grosse Rat den Regierungsrat schlägt, aber den Bundesrat meint. Wir geben aber selbstverständlich gerne mündlich Antwort auf die gestellten dringlichen Fragen.

Zu Frage 1:

Der Regierungsrat hat sich in der nunmehr ein Jahr andauernden Covid-Krise stets für eine Corona-Politik mit Augenmass eingesetzt, indem immer wieder der Ausgleich zwischen gesundheitspolitischen, volkswirtschaftlichen und freiheitlichen Zielen gesucht wurde. In diesem Spannungsverhältnis hat sich der Regierungsrat mehrfach gegen zu starke Einschränkungen und für eine Lockerung des Lockdowns ausgesprochen, wie beispielsweise bei der Vernehmlassungsantwort "Änderungen des COVID-19-Gesetzes: Aufstockungen Härtefallprogramm" vom 28. Januar 2021 oder in der Vernehmlassungsantwort "Prüfung Neuauflage Covid-19-Solidarbürgschaftssystem" vom 2. Februar 2021, als der Regierungsrat sich jeweils wie folgt vernehmen liess: "Die gegenwärtigen Massnahmen des Bundesrates im Bereich der Gastronomie und der Non-Food-Läden setzen diesen Bereichen sehr stark zu. Wir verlangen vom Bundesrat, diese Massnahmen unter Berücksichtigung der Fallzahlen und der Ausbreitung der Virusmutationen im Februar laufend zu überprüfen und wenn immer möglich schon vor Ende Februar zu lockern." Der Regierungsrat wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, nur jene gesundheitspolitischen Massnahmen anzuordnen, die zwingend erforderlich sind und die persönliche Freiheit und die Volkswirtschaft so wenig einzuschränken wie möglich. Ein Lockdown muss dabei die letzte Massnahme darstellen. Die geltenden Bundesmassnahmen sind zum grössten Teil bis zum 28. Februar befristet. Dies gilt auch für die darauf abgestimmten kantonalen Verschärfungen. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) hat die Kantone informiert, dass zwischen heute und dem 24. Februar eine Konsultation der Kantone vom Bundesrat durchgeführt wird. Der Regierungsrat wurde bis dato nicht konsultiert und hat keine Kenntnis von den vom Bundesrat geplanten Massnahmen. Der Regierungsrat wird sich aber mit Sicherheit für eine Covid-Politik mit Augenmass einsetzen.

Zu Frage 2:

Die Corona-Politik von Bund und Kantonen hat evidenzbasiert zu erfolgen. Wissenschaft und Politik haben in den vergangenen zwölf Monaten viel über den Covid-19-Virus und die Bewältigung der daraus folgenden Krise gelernt. Deshalb sind Bund und Kantone heute in der Lage, Entscheide evidenzbasierter und strikter auf der Grundlage der relevanten Indikatoren zu treffen, als dies noch zu Beginn der Krise der Fall war. Die relevanten Indikatoren finden sich in Art. 8 Abs. 1 der Verordnung über Massnahmen in der besonderen Lage zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Verordnung besondere Lage). Es sind dies die Inzidenz über 7 respektive 14 Tage, die Anzahl Neuinfektionen pro Tag und pro Woche, der Anteil positiver Tests an der Gesamtzahl durchgeführter Test, auch Positivitätsrate genannt, die Anzahl durchgeführter Tests pro Tag und pro Woche, der Reproduktions- beziehungsweise R-Wert und die Kapazitäten im stationären Bereich sowie die Anzahl neu hospitalisierter Personen pro Tag und pro Woche, insbesondere auf den Intensivstationen. Nota bene publiziert der Kanton jede Woche am Dienstag einen Lagebericht, der genau diese Faktoren in dieser Reihenfolge aufführt, um möglichst evidenzbasiert auch zu dieser Entscheidungsgrundlage beizutragen. Es gilt, auf Grundlage dieser Indikatoren die erforderlichen gesundheitspolitischen Massnahmen zu ergreifen und gleichzeitig die persönliche Freiheit und die Volkswirtschaft so wenig wie möglich einzuschränken.

Zu Frage 3:

Je nach epidemiologischer Lage können gezielte, intelligente und wirksame Massnahmen breite Teile der Bevölkerung und der Wirtschaft betreffen. Eine solche Situation herrschte im Dezember 2020, weswegen der Bund im Rahmen eines Massnahmenpakets weitgehende Massnahmen bis hin zu einem partiellen Lockdown angeordnet hat. Die Massnahmen haben sich für die Schweiz als wirksam erwiesen. Die Indikatoren zeigen die Eindämmung der Pandemie und die Entlastung des Gesundheitswesens. Ein Vergleich mit anderen Staaten zeigt, dass es bisher keine bekannten besseren Massnahmen gibt. Im internationalen Vergleich ist die Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft weniger eingeschränkt. So sind beispielsweise in Europa zahlreiche Skigebiete geschlossen, währenddem diese in der Schweiz offen sind. In Deutschland kann je nach Fallzahlen für eine ganze Gemeinde der Bewegungsradius der Menschen auf 15 Kilometer von ihrem Wohnort eingeschränkt werden. In Auckland in Neuseeland wurde kürzlich aufgrund von landesweit drei neuen Fällen ein regionaler Lockdown verhängt. Die Massnahmen des Bundes gehen zwar weit und schränken die persönliche Freiheit sowie die Wirtschaft schmerzlich ein, sie gehen im internationalen Vergleich aber völlig zu Recht entschieden weniger weit als die Massnahmen von Drittstaaten.

Zu Frage 4:

Der Kanton Thurgau hat gestützt auf Art. 8 Abs. 1 der Covid-19-Verordnung besondere

Lage zwei kantonal verschärfte Massnahmen erlassen. Diese umfassen eine Zwei-Haushalte-Regelung für private Veranstaltungen sowie Versammlungen im öffentlichen Raum und ein Prostitutionsverbot. Der Regierungsrat wird Ende Februar nach Kenntnis der Regelungen auf Bundesebene, die voraussichtlich am 24. Februar beschlossen werden, über kantonal verschärfte Massnahmen gemäss Art. 8 der Covid-19-Verordnung besondere Lage und über kantonale Erleichterungen für Veranstaltungen und Betriebe gemäss Art. 7 der Covid-19-Verordnung besondere Lage ab dem 1. März 2021 beschliessen. Im schulischen Bereich sind die Massnahmen insbesondere darauf ausgerichtet, den Präsenzunterricht aufrecht zu erhalten und gleichzeitig keine weiteren Verschärfungen wie etwa eine Maskenpflicht auf Primarstufe anordnen zu müssen. Ebenso dienen die Massnahmen dazu, Häufungen von Quarantäneanordnungen zu vermeiden.

Zu Frage 5:

Der Regierungsrat ist sich den in der Interpellation genannten Auswirkungen bewusst. Die strengen Massnahmen betreffen die Jugendlichen auch psychisch und in der persönlichen Entwicklung. Daher ist es essenziell, am Präsenzunterricht festzuhalten und diesen mit geeigneten Massnahmen sicherzustellen.

Zu Frage 6:

Die Kontrollen der Betriebe sind verhältnismässig, erfolgen unbürokratisch und mit Augenmass. Die Durchführung regelmässiger Kontrollen ist insbesondere erforderlich, wenn sich die Covid-19-Massnahmen ändern und die Schutzkonzepte entsprechend angepasst und umgesetzt werden müssen. Kontrollen werden insbesondere auch bei Meldungen, wonach gegen die Covid-19-Verordnung verstossen wird, durchgeführt. Der Regierungsrat beabsichtigt keine Verschärfung der Kontrollen.

Zu Frage 7:

Die Impfstrategie für den Kanton Thurgau wurde Ende 2020 nach den Kriterien der optimalen Impflistik sowie der Möglichkeit der effizienten und schnellen Skalierung erstellt. Aufgrund dieser Strategie werden im Kanton Thurgau Covid-19-Impfungen im kantonalen Impfzentrum in Frauenfeld, auf der MS Thurgau, durch mobile Impfteams in Pflege- und Behindertenheimen und seit anfangs Februar kantonsweit in 30 Hausarztpraxen durchgeführt. Der limitierende Faktor ist dabei immer noch die dem Kanton Thurgau durch den Bund gelieferte Anzahl Impfdosen. Wenn die Impfkapazitätsprognosen des Bundes zutreffen, dürften in der zweiten Märzhälfte zusätzliche 2'000 Impfdosen an Hausärzte geliefert werden können. Ab April ist dann mit deutlich mehr Impfstoff zu rechnen, was es ermöglicht, noch mehr Impfdosen an die Hausärzte zu liefern und zusätzliche Impfzentren in Betrieb zu nehmen. Gegenwärtig haben im Kanton Thurgau über 15'000 Personen eine erste Impfdosis sowie rund 2'000 Personen bereits eine zweite erhalten. Der Kanton Thurgau bewegt sich mit sechs verabreichten Impfdosen je

100'000 Einwohner im interkantonalen Vergleich im Mittelfeld, wobei zu sagen ist, dass der Kanton Thurgau einer derjenigen Kantone war, welche pro Kopf am wenigsten Impfdosen erhalten haben. Bei der Impfl Logistik ist insbesondere zu berücksichtigen, dass es unterschiedliche Impfstoffe gibt. Vor allem die Handhabung der "mRNA-Impfstoffe" ist komplex. Währenddem sich der Impfstoff von "Pfizer-BioNTech" aufgrund der äusserst komplexen Logistik und Handhabung zur Verimpfung in Hausarztpraxen nicht eignet, eignet sich der Impfstoff von "Moderna", weshalb der Kanton Thurgau anfangs Februar 3'000 Impfdosen an die Hausarztpraxen herausgegeben hat und im März eine weitere Herausgabe von 2'000 Impfdosen plant, sobald diese im Kanton eingetroffen sind. Die rollende Planung durch den Fachstab Pandemie garantiert eine effiziente Impfung im Kanton Thurgau. Die Ärztesgesellschaft Thurgau ist seit anfangs Januar im Fachstab Pandemie vertreten. Zudem haben zwischen dem Departement für Finanzen und Soziales und der Ärztesgesellschaft verschiedene Austauschsitzen bezüglich der Impfstoffkapazitätsplanungen stattgefunden. Dies ist zu begrüssen und hilft, die anfänglich zögerliche Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft zu verbessern. Noch im Dezember 2020 hat diese ihren Unmut über die Impftarife kundgetan und diese kritisiert. Gegenwärtig laufen auf Bundesebene immer noch Verhandlungen darüber, für die Ärzteschaft einen gesonderten Tarif für die Covid-Impfungen zu erlassen, der aktuell 14,50 Franken beträgt. Der Kanton Thurgau unterstützt solche Bestrebungen.

Zu Frage 8:

Aufgrund des durch den Bundesrat vom 17. März bis 26. April 2020 verhängten Stopps nicht dringlicher Behandlungen wurde der Betrieb der Spital Thurgau AG reduziert. Im März und im April waren zwischen 573 und 1'540 der insgesamt 4'116 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Spital Thurgau AG vorübergehend oder teilweise in Kurzarbeit. Nach Aufhebung des Behandlungsstopps wurde ab dem 27. April 2020 nebst der Behandlung und Bereitstellung zusätzlicher Kapazitäten für die Covid-19-Patientinnen und -Patienten auf den Intensiv- und Isolierstationen wieder der Normalbetrieb aufgenommen. Es kam seit dem 1. Mai 2020 bei der Spital Thurgau AG nicht mehr zu Kurzarbeit. Die Vergabe des Leistungsauftrags "Impfen" ab Januar 2021 hätte also keinen Einfluss auf die Kurzarbeit im März und April 2020 gehabt, da diese Personen wieder voll beschäftigt sind. Der Kanton führte im Dezember 2020 Gespräche mit der Spital Thurgau AG über einen Auftrag zum Impfen. Die Spital Thurgau AG wollte den Auftrag zur Impfung explizit nicht, weil sie mit der Behandlung von Covid-19-Patientinnen und -Patienten ausgelastet war und es nach wie vor ist. Der Kanton musste sich daher in Absprache mit der Spital Thurgau AG nach anderen Möglichkeiten umsehen, um die Impfzentren zu betreiben.

Präsident: Die Interpellanten haben das Wort zu einer kurzen Erklärung, ob sie mit der Beantwortung zufrieden sind.

Schmid, SVP: Wir danken dem zuständigen und dem gesamten Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen. Wir sind uns bewusst, dass der Regierungsrat und vor allem der zuständige Departementschef im Moment keine einfache Aufgabe haben und ein riesengrosser Druck der Öffentlichkeit auf ihnen lastet. Wir schätzen den Einsatz unseres Regierungsrates für Massnahmen mit Augenmass, künftig hoffentlich wieder mit etwas mehr Augenmass. Wir schätzen auch den grossen Einsatz unseres Regierungsrates für die Thurgauer Bevölkerung. Die Wichtigkeit des Themas ist evident. Es herrscht viel aufgetauter Druck im Kessel, in der Öffentlichkeit und beim Volk. Ich bin der Meinung, dass wir als Volksvertretung unbedingt über eine solch wichtige Frage diskutieren müssen. Es ist auch ein wichtiges Ventil gegenüber der Bevölkerung, dass wir sie und das Thema, das sie täglich beschäftigt und belastet, ernst nehmen und im Grossen Rat darüber diskutieren. Ich **beantrage** deshalb Diskussion.

Abstimmung:

Diskussion wird mit grosser Mehrheit beschlossen.

Tschanen, SVP: Wir danken dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung der Dringlichen Interpellation. Als Interpellant und Gewerbevertreter liegt es mir am Herzen, auf die Konsequenzen des bald zwei Monate andauernden Lockdowns hinzuweisen. Die Gastronomen, die Detailhändler, aber auch die Mitarbeiter und Lernenden in sämtlichen Industrie- und Handwerksbetrieben verstehen die Ratlosigkeit des Regierungsrates und das Schweigen unserer Entscheidungsträger nicht mehr. Wir stecken mitten in einer Krise und keiner findet mehr einen Ausweg. Genau jetzt brauchen wir klare Anweisungen und Ziele, um die Gesellschaft und Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Seit Weihnachten sind die Fallzahlen gesamtschweizerisch und gerade auch im Thurgau stark rückläufig. Der erste wie auch der zweite Lockdown kamen praktisch über Nacht. Das Gewerbe wurde zu Schutzkonzepten aufgefordert, und es waren Investitionen in Inventar, die Sensibilisierung der Kunden und Mitarbeiter sowie Improvisationen gefordert. Sämtliche Betriebe haben mit grosser Initiative Konzepte erarbeitet und eingeführt. Es wurden Abstandsregeln erlassen, Gastplätze reduziert, Personenströme gedrosselt, Besucherlisten geführt; es hört nicht mehr auf. Einzig die Strategie der Behörden fehlte. Es hiess: "Läden geschlossen, Grenzen offen". In Bezug auf die mutierten Viren wäre "Grenzen geschlossen, Läden offen" oder zumindest an der Grenze zu testen, wie es verschiedene Parteien schon lange fordern, vielleicht besser gewesen. Mir ist bewusst, dass es schwierig ist, die Massnahmen richtig oder falsch zu taxieren. Es ist jetzt aber an der Zeit, schnellstmöglich die kantonalen Verschärfungen aufzuheben und auch auf Bundesebene eine klare Öffnungsstrategie zu fordern. Unsere Gastrobetriebe, Fitnesscenter und die Eventbranche, um nur einige zu nennen, leiden sehr stark unter dem Ausfall. Mangelnde Liquidität sowie schleppende Härtefallentschädigungen drängen die Betriebe an die Wand und vor allem die Entschädigung für Kurzarbeit bringt beim Personal täglich neue persönliche Schicksale mit sich. Oder weiss der Regierungsrat, wie es ist, bei ei-

nem Lohn von 4'500 Franken plötzlich nur noch mit 80% davon leben zu müssen? Dies geschieht nicht freiwillig, sondern durch den Staat erzwungen. Detailhändler mussten bereits im letzten Jahr die Modekollektionen bestellen. Die aktuellen Winterkleider können höchstwahrscheinlich direkt in die Kleidersammlung gegeben werden und die Frühjahrskollektion wird nicht verkaufbar sein. Auf "Zalando" ist jedoch alles möglich, günstiger und teilweise auch noch Mehrwertsteuerbefreit. Sicherlich kaufen die Konsumenten die Bücher auch in Zukunft bei "Amazon" und nicht mehr im regionalen Bücherladen. Es handelt sich eigentlich also um einen staatlich geförderten Stellenabbau im Detailhandel. Wie ein Vertreter der Sportartikelverkäufer sagte, werden 20% der Arbeitsplätze in diesem Bereich verschwinden. Möchte das der Regierungsrat? Ich bin mir ebenfalls sicher, dass die neuen Homeoffice-Stationen schon bald in günstigen Ländern im Osten eingerichtet werden und der Gesellschaft nur noch der Gang in die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren bleibt; auch das staatlich verordnet. Unsere jungen Berufsleute sind in ihrer Ausbildung und der Berufswahl sehr stark eingeschränkt und es wird in den Lockdown-Berufen zu starken Attraktivitätseinbussen kommen. Wo kann der Lehrling ausgebildet werden, wenn das Restaurant geschlossen ist? Wie sieht es mit Schnupperstellen im Detailhandel aus? Wie kann man den Büroberuf kennenlernen, wenn alle im Homeoffice sind? Das klingt nach Wirtschaftssterben unter Bundesanweisung. Viele Stellen werden nicht mehr zurückkehren, Ladenflächen freierwerden und Gastrobetriebe leer stehen. Können wir uns das leisten? Tragen wir die Verantwortung? Versteht das der Regierungsrat und seine Mitarbeiter, die jeden Tag ohne Einbussen ihren Lohn erhalten? Können wir diese einseitige Strukturpolitik unseres Regierungsrates gegenüber dem Volk noch verantworten und begründen? Ich fordere jetzt ein Licht am Ende des Tunnels. Es braucht eine schnelle Auszahlung von Härtefallentschädigungen. Die Probleme sind schliesslich nicht von den Unternehmen verursacht. Es geht jedoch noch weiter. Ab dem 1. März ist eine "Stopp-Lockdown-Strategie" gefordert. Gewünscht sind zudem Planbarkeit für unsere Betriebe, Mitarbeiter und Lernenden, eine klare, durchgängige Impfstrategie, Selbstverantwortung für die Bevölkerung und die Betriebe und keine zusätzlichen Kontrollen und Hindernisse. Wir wollen arbeiten. Wir sollten am Arbeitsplatz Schweiz festhalten, denn schon bald ist direkt oder indirekt vielleicht auch der eigene Arbeitsplatz gefährdet. Wir sollten uns eine Entlastung der Betriebe und der Bevölkerung überlegen. Eine Steuer-senkung könnte diesbezüglich beispielsweise ein proaktives Instrument sein. Projekte im Kanton müssen jetzt vorangetrieben und nicht mit unnötigen bürokratischen Auflagen aufgehalten werden. Ich danke dem Regierungsrat für die Beantwortung und hoffe auf eine klare Ausstiegsstrategie und Information der Bevölkerung, wie wir in Kürze zur Normalität kommen.

Fisch, GLP: Was genau bringt diese Dringliche Interpellation an dem Tag, an dem der Bundesrat über das weitere Vorgehen informieren wird? Ich habe jedenfalls keinen Bundesrat auf der Tribüne entdeckt. Der Bundesrat wird wohl kaum hören, was wir hier dis-

kutieren. Die Interpellation ist meines Erachtens nichts anderes als eine Fortsetzung der grossen Inserate mit demselben reisserischen Titel, welche man in den Tageszeitungen sehen kann. Es ist für die Parlamentarier unbefriedigend, praktisch immer nur die Nase an der Scheibe plattzudrücken, aber nicht in die Entscheidungen eingreifen zu können. Auch der Thurgauer Regierungsrat ist nicht viel besser dran. Der Einfluss ist beschränkt. Der Fokus liegt auf der Umsetzung der Massnahmen, die der Bundesrat befiehlt. Wäre es sinnvoller, wenn die SVP direkt ihre zwei Bundesräte bearbeiten würde, wie es Kantonsrat Gallus Müller bereits erwähnt hat? Die Bundesräte der SVP einfach in die Opferrolle zu drängen und alle Schuld an Bundesrat Alain Berset zu übertragen, ist definitiv zu einfach. Im Thurgau sind ebenfalls zwei von fünf Regierungsmitglieder Vertreter der SVP. Kann man nicht auch direkt dort nachfragen? Nein, das kann man nicht, denn dann schreibt die Presse nicht darüber. Mit dem Titel der Interpellation hat man schnell sehr viele Bürger gewonnen, die Corona müde sind und es ist ein willkommenes Futter für Corona-Skeptiker. Wir haben diesbezüglich heute eine repräsentative Gruppe vor dem Rüegerholzhalle gesehen. Ich frage mich auch, was die sechs Vertreter der SVP-Fraktion genau in der Corona-Spezialkommission tun. Haben sie in den Kommissionensitzungen nicht zugehört? Weshalb werden die Fragen 7 und 8 gestellt, wenn diese in den Sitzungen besprochen und von Regierungsrat Urs Martin erläutert wurden? Ein Mitinterpellant sitzt sogar selber in dieser Kommission. Wenn ich mich richtig an die Sitzung der Corona-Kommission und Regierungsrat Urs Martin mit der Kantonsärztin erinnere - leider haben wir bis heute kein Protokoll erhalten - war ich der einzige, der die Impfschiffaktion kritisch gesehen und gesagt hat, dass die Verteilung des "Moderna-Impfstoffes" über das Hausarztnetz viel sinnvoller und effizienter gewesen wäre. Meines Erachtens ist das Impfschiff nach wie vor vor allem eine Public Relations-Aktion. Zumindest hat sie aber funktioniert und Bundesrat Alain Berset ist gekommen. Er musste allerdings nicht im Regen stehen, wie die vielen Leute, die auf die Impfung warten. Dass aber sehr viele Hausärzte alle bereits fixierten Impftermine mit ihren Patienten wieder absagen mussten, war dann wohl weniger PR-wirksam. Die Interpellanten fordern mehr Geschwindigkeit beim Impfen. Eine aktuelle Studie der Forschungsstelle "Sotomo" von Mitte Januar zeigt, dass gerade die Basis der SVP sehr impfkritisch ist. Unglaubliche 50% der befragten SVP-Wähler wollen sich nicht impfen lassen. Weitere 30% sind unschlüssig und warten ab, wohingegen über 50% der Wähler der FDP, SP, CVP, GLP und etwas weniger als 50% der Grünen sich sofort und nur jeweils rund 10% sich gar nicht impfen lassen wollen. Die SVP-Fraktion täte also gut daran, ihre Basis von der Wichtigkeit der Impfung zu überzeugen und somit einen Teil der Lösung zu sein, anstatt die Lösung nur zu verordnen. Die Interpellation ist alles andere als differenziert, sondern nur ein Katalog an Forderungen ohne jeglichen Lösungsansatz. Wo bleiben die Lösungsvorschläge? Nur jeden Tag einen Apfel zu essen, wie dies Kantonsrat Paul Koch an der letzten Ratssitzung vorgeschlagen hat, ist wohl kaum die rettende Lösung. Wenn der Aufruf des SVP-Exponenten Roger Köppel, am 1. März die Beizen so oder so einfach zu

öffnen, ein Lösungsvorschlag ist, dann "Gnade uns Gott". Fakt ist, dass die bisherigen Massnahmen ihre Wirkung gezeigt haben und die Zahlen deshalb nicht explodiert sind. Es handelte sich vor Weihnachten nicht um Schreckensszenarien. Diese Szenarien waren keine Erfindung, sondern eine reale Gefährdung. Ohne Massnahmen wären diese Realität geworden. Seit drei Wochen ist der Trend nun positiv. Setzt sich das so fort und fällt die Marke unter 500 Fälle pro Tag, wobei wir aktuell bei gut 1'000 Fällen pro Tag sind, können Lockerungen angegangen werden. Das hat aber nichts mit Augenmass zu tun. Es sind viel mehr rein zahlenbasierte Entscheidungen, die getroffen werden müssen, immer mit dem Ziel, eine dritte Welle zu verhindern oder stark abzuschwächen. Es bleiben so oder so immer noch viele Unsicherheiten bezüglich der ganzen Mutationen, die das Virus schon entwickelt hat. Die Situation bleibt fragil. Mit überstürzten Öffnungen und zögerlichen Massnahmen kann sich die Zahl der Infektionen rasch wieder in die falsche Richtung bewegen. Das ist keine Panikmache. Es gibt dafür seriöse empirische Datenmodelle, die das so abbilden. Es braucht daher weiterhin konsequente Massnahmen und Geduld, und zwar solange, bis gezielte Massentests sowie ein besseres und schnelleres Contact Tracing möglich sind. Der Regierungsrat muss jetzt eine Teststrategie auf die Beine stellen und zusammen mit der laufenden Impfstrategie vorantreiben. Dies fordert auch die heute eingereichte Interpellation "Ermöglichungsstrategie für den Thurgau". Die Interpellation stellt die richtigen Fragen, mit dem Ziel, eine Lösung für die Wirtschaft und die Gesellschaft zu finden. Ich hätte mir zudem gewünscht, dass die Interpellanten auf die anderen Fraktionen zugekommen wären, anstatt am Sonntagnachmittag eine Dringliche Interpellation zuzustellen. So hätte man wenn nötig gemeinsam eine Interpellation mit den genau richtigen, lösungsorientierten Fragen einreichen können. Die Beantwortung dieser Fragen ist nun die Aufgabe des Regierungsrates, welche er subito erledigen muss. Hier hinkt der Thurgau hinterher. Es nützt aber nichts, wenn der Regierungsrat nun die Arbeitszeit damit verbringt, in Bern weiterhin Forderungen zu stellen. Wenn wir schon dabei sind, Aufgaben an den Regierungsrat zu verteilen, mache ich einen Aufruf: Die Härtefallregelung muss überarbeitet werden. Es gibt viel weniger Anmeldungen als erwartet. Woran liegt das? Ich befürchte, dass es an der Hürde liegt, dass sich die Unternehmen zuerst zusätzlich verschulden müssen. Es braucht eine Regelung, um A-fonds-perdu-Beiträge schneller zu sprechen. Damit muss man nicht bis in den Sommer warten. Den betroffenen Betrieben sollte mehr Planungssicherheit gegeben werden. Zudem muss die Obergrenze von 500'000 Franken anstatt der möglichen 750'000 Franken ebenfalls nochmals ein Thema sein. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates hat gestern bereits eine neue Regelung für Unternehmen mit einem Filialnetz gefordert. Regierungspräsident Walter Schönholzer hat bereits darauf hingewiesen. Auch hier muss der Regierungsrat falls nötig nachziehen.

Schenk, EDU: Die EDU-Fraktion dankt den Interpellanten für den Vorstoss und dem Regierungsrat für die ausführliche Beantwortung. Eine Verschärfung oder eine Verlänge-

rung der Massnahmen käme einem Absprechen der Vernunft des Volkes gleich. Was anfänglich der Pandemieausrufung als verhältnismässig erschien, entpuppt sich zunehmend als Willkür, da das meiste auf einem fehlerhaften Testverfahren aufgebaut ist. Ein grosser Teil des Volkes kann die existierenden gesellschaftsspaltenden Massnahmen zunehmend nicht mehr ertragen. Es werden Existenzen zerstört und ganze Wirtschaftszweige diktatorisch geschlossen und geschlossen gehalten. Die Regierung in Bern raubt unserer Jugend dadurch teilweise die Zukunft. Nebst den wirtschaftlichen Schäden erfährt und liest man auch immer wieder von psychischen Folgen. Zum einen sind vielen älteren Leuten die Kontakte zu ihren lieben Angehörigen wichtiger als das Risiko, am Virus zu erkranken. Zum anderen hören und lesen wir auch von einer Zunahme der Betreuung von Kindern und Jugendlichen durch Psychotherapeuten. Die Zeitschrift "Die Ostschweiz" geht von einer Zunahme der Selbstmorde aus. Das BAG hält sich diesbezüglich bedeckt. Es gebe erst im Laufe dieses Jahres eine Statistik für das Jahr 2020. Die ganze Situation bedeutet psychische und physische Kollateralschäden in ungekanntem, unglaublichem Ausmass. Wer kann belegen, dass diese zum Teil sinnfreien und allein auf Angst basierenden Massnahmen ein Ende nach sich ziehen? Der Regierungsrat rennt einer unmöglich zu erreichenden "Zero-Covid-Strategie" hinterher. "Babuschka ähnlich" wird immer wieder das völlig normale und bekannte Mutieren des Virus als Grund für weitere Massnahmen vorgeschoben. Immer wieder wird Angst geschürt. Angst regiert die Schweiz und den Thurgau. Die "Thurgauer Zeitung" unterstützt diese Angstmacherei. Bisher konnten in der "Thurgauer Zeitung" kaum massnahmenkritische Berichte entdeckt werden. Schluss damit, stopp der Angst. Wir müssen dafür sorgen, dass die kommenden Generationen eine erstrebenswerte, positive Zukunft haben. Wir machen den Vorschlag, eigenverantwortlich mit dem Virus leben zu lernen und die vulnerablen Menschen verhältnismässig zu schützen. Diejenigen, die sich einsperren wollen, sollen das tun. Alle anderen sollen wieder leben. Die Thurgauerinnen und Thurgauer und das ganze Schweizer Volk sollen wieder Zuversicht, Freude, Mut und Hoffnung haben dürfen. Wir danken dem Regierungsrat für seinen Einsatz zum Wohl des Volks.

Pfiffner Müller, FDP: Stopp Lockdown; wer möchte das nicht? Wir alle wünschen uns eine Zeit nach der Pandemie. Wir alle möchten uns wieder uneingeschränkt bewegen und frei unserem beruflichen Wirken nachgehen können. Ich habe gehörigen Respekt vor dem Effort, welchen sowohl der Bundesrat als auch die Kantone seit Monaten an den Tag legen. Die Lage wird immer verzwickter, die Wirtschaft und die Gesellschaft immer ungeduldiger. Umso mehr bedauere ich, dass mit der vorliegenden Dringlichen Interpellation mehr Schelte als Lösungen präsentiert werden. Die aufgeworfenen Fragen sind zwar teilweise berechtigt, sie bedürfen aber eingehender Bearbeitung durch den Regierungsrat oder sind gar am falschen Ort platziert. Es fehlen mir bei der vorliegenden Interpellation zwei wesentliche Aspekte: Es ist der Blick nach vorne und ein Beitrag an Lösungen. Lösungen, welche sowohl der epidemiologischen Lage als auch den wirtschaft-

lichen Interessen gerecht werden. Es fehlt mir in der vorliegenden Interpellation aber auch an sprachlicher Ausgewogenheit. Wir befinden uns mutmasslich am Anfang der dritten Welle und haben es mit mutierten Virusvarianten zu tun. Die Einrichtungen im Gesundheitswesen rechnen ab Mitte März mit dem Anstieg der Fallzahlen. Wir alle kennen die Entwicklungen in England oder Portugal und haben eindrücklich mitbekommen, wie schnell sich eine stabile Lage in eine höchst instabile verändern kann. Die Zahlen sind zwar gesunken, aber doch unter äusserst zähen Umständen. Ja, wir wollen die Öffnung, wir wollen eine Rückkehr zum Alltag und wir wollen wieder mehr Freiheiten. Wir müssen mit den Lockerungen aber jederzeit auch die Bewältigung der Pandemie vor Augen behalten. Eine erfolgreiche Ausstiegsstrategie schaffen wir nur, wenn wir den Hebel an verschiedenen Orten ansetzen. Es braucht zudem eine gute Portion an Fingerspitzengefühl und wo immer möglich auch ein bisschen mehr Gemeinschaftswerk. Mit den aktuellen Fallzahlen verzeichnen wir etwas Licht am Horizont. Das ist somit schon einmal eine gute Ausgangslage. Wir sollten diese Chance packen und clevere Massnahmen hinzusetzen, nämlich wohlüberlegte Lockerungen wirtschaftlicher Restriktionen, und zwar dort, wo der Kanton Einfluss nehmen kann und immer gekoppelt an sinnvolle Schutzkonzepte. Impfen und ambitionierte Teststrategien in Schulen, Unternehmen oder Pflegezentren, um Infektionsketten frühzeitig erkennen und unterbrechen zu können, sind weitere Elemente. Die FDP-Fraktion spricht sich für Massnahmen aus, die ein Leben und Wirtschaften mit Corona ermöglichen. Wir sollten nach vorne schauen und diese Herausforderungen gemeinsam lösen.

Gallus Müller, CVP/EVP: Ich möchte dem Regierungsrat für die Beantwortung der Interpellation ganz herzlich danken. Die CVP/EVP-Fraktion sieht mit Freude, dass die Fallzahlen auch im Verhältnis zum umliegenden Ausland von einem hohen auf ein bereits stark reduziertes Niveau gesunken sind. Es kann deshalb möglich sein, gewisse Lockerungen zu tätigen. Ich sehe diese insbesondere bei den Einkaufsläden und eventuell auch bei den Restaurants. Mit einem guten Schutzkonzept kann dies sicherlich vonstattengehen. Die Einkaufsläden für den täglichen Bedarf haben bereits ausgiebig gezeigt, dass dies funktioniert und sich die Fallzahlen trotzdem stark reduzieren. Bei den verschärfenden Massnahmen, die der Regierungsrat für den Thurgau angeordnet hat, stellen wir fest, dass sie die grösste Wirkung gezeigt haben. Sind wir bezüglich Anzahl Ansteckungen doch aus der Spitzengruppe in den hinteren Bereich gekommen, wobei "hinten" hier etwas sehr Positives bedeutet. Es erscheint mir deshalb wichtig, die Kontakte weiterhin so gering als möglich zu halten. Eine strategische Planung, wie wir wieder zu einer Art Normalität gelangen können, wäre aber für alle sowohl auf Bundesebene wie auch im Kanton wichtig. Es muss zwingend aufgezeigt werden, auf welchen Fakten und Grundlagen basierend und mit welchen Überlegungen Anordnungen getroffen oder aufrechterhalten werden. So können wir die vorhandenen Unsicherheiten beseitigen oder zumindest etwas abdämpfen. Auch das Aufzeigen der Perspektiven ist wichtig, die aus

solchen Strategien abgeleitet werden könnten.

Sax, SP: Ich finde es gut, dass sich die SVP-Fraktion ein anderes Thema sucht, anstatt Attacken auf die ausländische Bevölkerung zu reiten. Ich halte es allerdings für gefährlich, mit Corona ein unzufriedenes Publikum zu bewirtschaften. Dies könnte sich leicht als Bumerang herausstellen. Früher dachte ich, dass Naturwissenschaften gleichbedeutend mit exakten Wissenschaften seien. Spätestens seit der Covid-Pandemie ist mir aber klar, dass diese Voraussetzung zumindest für die Virologie nicht gilt. Es ändern sich nicht nur alle paar Wochen die Erkenntnisse über das Virus, seine Verbreitung, die Mutationen und seine Gefährlichkeit, auch die Gegenseite rüstet auf. Die Tests werden schmerzfrei und zuverlässiger und Impfstoffe sind bereits erfunden, wenn auch noch nicht in wirklich grossen Mengen verfügbar. Fast alle haben die lästigen Verhaltensregeln unterdessen verinnerlicht. Ich selber bekomme schon Hühnerhaut, wenn ich in einem Spielfilm Gruppen von mehr als fünf Personen sehe. Nebst diesen einfachen Verhaltensregeln war es leider auch im Herbst wieder nötig, schärfere Massnahmen zu ergreifen. In der Schweiz nahm der Bundesrat seine Führungsrolle diesbezüglich zu spät wieder auf. Die Kantone eierten umher. Es war vom "Ostschweizer Weg" die Rede, im Irrglauben, dass den Ostschweizern die Eigenverantwortung eher angeboren wäre als den Westschweizern. Der Preis dafür war hoch. Wir schrammten haarscharf an der kompletten Überlastung der Spitäler vorbei. Viele Menschen bezahlten das "Laissez-faire" der Kantone von Anfang Oktober bis Mitte Dezember mit dem Leben, das Spitalpersonal und Pflegekräfte in Heimen mit wochenlanger Höchstbelastung. Ich musste im Frühling 2020 während acht Wochen und in diesem Jahr seit dem 18. Januar meine Buchhandlung schliessen. Es ist wirklich hart. Wir arbeiten wie verrückt, um auf einen Mindestumsatz zu kommen und um unsere Kundschaft bedienen zu können. Alles ist kompliziert. Jedes Buch muss verrechnet und verpackt werden. Es muss den Weg zur Kundin finden oder der Kunde muss es bei uns vernünftig abholen können. Der Werbeaufwand hat sich vergrössert und wir können keine Veranstaltungen machen. Aber es geht und es geht uns gut. Wir sind gesund und wir haben Arbeit. Doch dann denke ich wieder: "gopf", Zigaretten und Schnaps zu kaufen ist kein Problem. Die Papeterie, die Drogerie, der Blumenladen, der Schuhmacher dürfen öffnen, wir aber nicht. Mich ärgert das. Ich finde es ungerecht. Trotzdem, je weniger Menschen unterwegs sind, desto besser ist das im Moment, oder? Ich bin total hin und hergerissen zwischen der Geschäftsfrau, die unbedingt den Laden öffnen möchte und der Politikerin, die froh ist, dass der Bundesrat die unpopulären Entscheide fällt. Ich finde, er hat es bisher nicht allzu schlecht gemacht.

Vonlanthen, GP: Ich möchte festhalten, dass es auch in der GP-Fraktion durchaus unterschiedliche Meinungen zu diesem schwierigen Thema gibt. Ich spreche somit für eine Mehrheit der GP-Fraktion. Wir alle haben genug vom Lockdown. Wer würde nicht gerne

wieder am Freitagabend in den Turnverein gehen, in einer Bar etwas trinken oder einfach das Mittagessen im warmen Restaurant geniessen? Natürlich geht es uns allen so, mutmasslich auch dem Regierungsrat, dem Bundesrat und allen Kantonsräten. Doch wie gering sind diese Anliegen, wenn es gleich daneben um Existenzen und in den Spitälern sogar ums Überleben geht? Mein Mann hat letzthin auch Zweifel angebracht, ob unsere Massnahmen wirklich noch angebracht seien. Nachdem er jedoch Bilder der Ambulanzen in Portugal gesehen habe, welche sich vor den Spitälern stauten, wisse er wieder, weshalb wir das Ganze durchstehen müssen. Es geht schlicht und einfach darum, das Schlimmste zu verhindern. Die britische Virusmutation hatte in Portugal zwischenzeitlich übrigens einen Anteil von fast 50% aller Neuinfektionen. So viel dazu, was auch uns noch blühen könnte. Das von Experten so genannte Präventions-Paradoxon macht die Sache auch immer etwas schwierig. Schäden, welche durch Massnahmen wie beispielsweise einen Lockdown verhindert wurden, sehen wir auch nicht. Dadurch kann leicht der Eindruck entstehen, es hätte eine unnötige Überreaktion stattgefunden. Um zu sehen, was passieren kann, wenn man zu spät reagiert und/oder auch noch unglückliche Bedingungen dazukommen, müssen wir erneut über die Landesgrenze hinwegschauen. Ich komme wieder mit dem aktuellen Beispiel in Portugal beziehungsweise letztes Jahr in Italien. Wir alle haben die Bilder aus Italien sicherlich noch im Kopf. Ich habe nun einige Fragen oder Gedanken an die Interpellanten: Weshalb bringen sich die Unterzeichner mit ihren durchaus berechtigten Anliegen nicht dort ein, wo sie auch Einfluss haben? Ein Mitunterzeichner der Dringlichen Interpellation hat gesagt, dass die Einflussmöglichkeiten des Parlamentes auf die Corona-Politik des Regierungsrates sehr begrenzt seien. Es macht doch ein wenig stutzig, diese Worte von der Partei zu hören, welche mehrfachen Einsitz in der Corona-Kommission hat, zwei Regierungsräte sowie zwei Bundesräte stellt und auch die grösste Fraktion hier im Parlament ist. Vielleicht müsste sie sich einfach am richtigen Ort mit konstruktiven Lösungen einbringen, anstatt dort, wo das Medienecho am grössten ist. Konstruktive Vorschläge, wie wir aus diesem Schlamassel herauskommen und wie Lockerungen gleichzeitig möglich und auch realistisch sind, würden uns weiterbringen. Die Interpellation "Ermöglichungsstrategie für den Thurgau", welche heute eingereicht wird, ist hierfür ein guter Anfang. Nichtsdestotrotz möchte ich noch einmal betonen, dass ich die heutige Diskussion richtig und wichtig finde, weshalb ich der Dringlichkeit zugestimmt habe. Ich bitte die Thurgauer, noch ein wenig durchzuhalten. Sie sollen Verbindendes statt Trennendes zelebrieren und das Gespräch mit Leuten suchen, welche bezüglich Corona eine andere Meinung als sie selbst haben. Der Zusammenhalt ist wichtiger denn je. Wir müssen einer drohenden Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken. Diese ist meines Erachtens eine der grössten Gefahren dieser Pandemie.

Martin, SVP: Ich bin Mitglied der Corona-Kommission und habe die Interpellation trotzdem mitunterzeichnet, da es einfach brodet. Ich frage mich, ob wir aus Angst vor dem Tod und aus Angst vor Corona auf das Leben und auf unsere Freiheit verzichten wollen.

Ist es das wirklich wert? Sind das Tragen der Maske und die Impfung die alleinige Rettung, welche langfristig die Lösung ist? Wir wissen es nicht, da wir diesbezüglich noch keine Langzeitstudien haben. Ich bin weder Impf- noch Maskengegner. Es ist aber Fakt, dass wir es einfach nicht wissen. Ich möchte auch nicht den Regierungsrat kritisieren. Ich weiss, dass er unter einem enormen Druck steht und sein Bestes gibt. Er kann es nie allen recht machen. Kritisiert wird immer von allen Seiten. Die Interpellanten vertreten jenen Teil der Bevölkerung und der Wirtschaft, der genug von Corona hat. Es reicht uns. Es geht um unsere Werte und längerfristig auch um unsere Freiheit, unsere Demokratie, Unabhängigkeit, Eigenverantwortung und Frieden, welche ich immer mehr in Mitleiden-schaft gezogen sehe. Deshalb frage ich bewusst, ob auf die Bevölkerung gehört wird. Wird auf die Bevölkerung, welche unter den Massnahmen leidet, Rücksicht genommen oder wird nur aufgrund von Angst anhand Expertenmeinungen, Medienberichten und Schreckensszenarien reagiert? Diese Frage ist auch nach Bundesbern gerichtet. Ich weiss, dass unserem Regierungsrat die Hände gebunden sind. Eines weiss ich aber: Wir schaffen es nur gemeinsam, diese Situation zu meistern. Angst oder Machtkämpfe führen uns nicht weiter. Mir geht es um unser Land und um die Bevölkerung, welche unter den Massnahmen leiden, und um unsere Werte und Freiheit und nicht um Macht oder darum, Recht zu haben. Es gehört zur Aufgabe unseres Regierungsrates, unseren Kanton zu beschützen und zu stärken. Was heisst das in dieser Corona-Pandemie? Meines Erachtens ist das nur möglich, wenn der Regierungsrat sicherstellt, dass die Risikogruppen gezielt geschützt werden und für die restliche Bevölkerung sowie die Wirtschaft wieder Normalität einkehrt. Ich möchte nicht lange um den Brei herumreden, sondern dass mutig und nach einem Plan gehandelt und geführt wird. Es ist Führung gefragt. Ich habe Regierungsrat Urs Martin an einer Sitzung der Covid-Kommission einmal gefragt, wann wir einen König einsetzen, der regiert? Leider geht das in unserem demokratischen System nicht. Ich möchte, dass unter Einhaltung der genannten Werte geführt wird, die unser Land stark und lebenswert gemacht haben. Meines Erachtens ist Angst fehl am Platze. Der Tod gehört zu unserem Leben wie die Geburt. Jeder Mensch weiss das. Die Menschheit führt Kriege, Menschen verhungern, Kinder werden abgetrieben, vergewaltigt, versklavt, ganze Landstriche werden verwüstet, die Meere vergiftet und wir schauen einfach weg. Jeder Verlust eines Angehörigen tut weh. Wie viele andere rede ich auch aus eigener Erfahrung. Jeder hat bestimmt schon nahestehende Menschen verloren. Ich selbst bin zweimal knapp dem Tod entkommen. Dies hat meine Sicht auf den Tod, meine Lebenseinstellung sowie meinen Glauben und meine Hoffnung stark geprägt. Für mich ist der Tod nicht das Ende. Deshalb fürchte ich mich nicht davor. Ich fürchte weder Tod noch Teufel und auch Corona nicht. Dies wünsche ich mir für uns alle. Ich wünsche mir eine Schweiz, die mit Krisen umgehen kann, die nicht von Angst oder dem Einfluss anderer Staaten oder der Meinungen anderer getrieben ist. Unser Land ist einzigartig und genial. So soll es auch bleiben. In letzter Zeit wurde im Zusammenhang mit der SVP oft auch das Wort "Populismus" genannt. Meines Erachtens nährt gerade die momenta-

ne Corona-Situation den Populismus. Die Bevölkerung wünscht sich einen Regierungsrat, der am selben Strick zieht, mutig ist und die Freiheit wieder ermöglicht. Wie bereits meine Vorrednerin gesagt hat, spaltet der ganze Hype um Corona unser Land, anstatt es zu einen. Ich zitiere diesbezüglich Abraham Lincoln. In seiner Rede 1858 im "Old State Capitol" sagte er: "Ein in sich gespaltenes Haus kann keinen Bestand haben." In meinen Worten: Ein gespaltenes Land, wie wir es zurzeit erleben, kann keinen Bestand haben. Die Demonstranten vor der Rüegerholzhalle haben es heute gezeigt: Eine gespaltene Bevölkerung zerbricht und kann nicht überleben. Dies trifft auch bei Corona zu, wenn wir es nicht schaffen, eins zu werden. Mit der Interpellation "Ermöglichungsstrategie für den Thurgau" wird nochmals auf die Situation aufmerksam gemacht und auf die Ausweitung der Tests verwiesen. Ich finde es super, dass jetzt endlich etwas geht und die Politiker nicht mehr wegschauen. Ich habe einen guten Freund, Martin Bühler. Er war mein Vorgesetzter in der Rekrutenschule. Er führt heute im Bündnerland den Krisenstab und testet einfach alle durch. Ich habe mich mit ihm unterhalten. Er hat mir gesagt, dass er einen Plan habe. Er wisse nicht, ob er richtig sei. Der Kanton Graubünden verfolge diesen aber. Das hat mir an seiner Aussage gefallen. Es wurde erwähnt, dass die Interpellanten keine Vorschläge hätten. Mein Vorschlag: Wir sollten speziell die Risikogruppen und jene mit geeigneten Massnahmen schützen, die mit ihnen in Kontakt kommen. Der Lockdown sollte aufgehoben werden, damit das Leben wieder normal funktionieren kann. Ich wünsche mir, dass der Regierungsrat mutig ist, sich beim Bundesrat für eine Lockerung einsetzt und den Schritt aus dem Lockdown wagt. Er sollte sich für die Freiheit unseres Landes und für Normalität einsetzen, denn lange wird die Bevölkerung diesen Zustand und die Massnahmen nicht mehr mitmachen wollen.

Vietze, FDP: Ich möchte uns gerne wieder etwas auf Fakten fokussieren. Wir sehen es in der aktuellen Diskussion: Die negativen Folgen der Corona-Pandemie sind für die Wirtschaft und die Gesellschaft enorm. Die Wirtschaft und die Gesellschaft brauchen eine Perspektive, Lockerungen allein reichen dabei allerdings nicht aus. Wie die Interpellanten bemerken, brauchen wir eine verhältnismässige und evidenzbasierte Corona-Politik. Eine beschleunigte Teststrategie ist Teil einer Lösung dazu. Sie ermöglicht ein Wirtschaften trotz Corona, aber mit Respekt vor der Pandemie; Tempo mit Testen also. Wir dürfen nicht vergessen, dass Covid noch nicht weg ist. Der Anteil der Mutationen hat jetzt ungefähr 50% aller Infizierten erreicht. Um zu sehen, ob es wieder exponentiell ansteigen wird, sind die Wochen bis Mitte März entscheidend. Wir müssen die Kontrolle über die Ausbreitung behalten. Es nützt niemandem, wenn wir diese verlieren, dazu sind noch viel zu wenig Menschen geimpft. Deshalb unterstützt ein Testen die Öffnung. Wir reichen heute eine normale, nicht dringlich deklarierte, überparteiliche Interpellation zu einer Ermöglichungsstrategie für den Thurgau ein. Ich freue mich, dass diesbezüglich wirklich alle Fraktionen an einem Strick ziehen. Eigentlich ist die Interpellation sehr dringlich, denn ein beschleunigtes Testen kann nicht warten. Im Interesse der Qualität der

Beantwortung und der Massnahmen lassen wir dem Regierungsrat etwas Zeit, fordern aber ein schnelles Bearbeiten. Das ist wichtig, und darauf verlassen wir uns. Die Bestrebungen zur Überwindung der Covid-Krise können sich nicht nur auf kurzfristige Eindämmungsmassnahmen und Härtefallhilfen beschränken, sie müssen leider ein Leben und Wirtschaften mit Corona ermöglichen. Wir freuen uns, wenn die Ratsmitglieder die Interpellation mitunterzeichnen und dieser damit Gewicht verleihen; Tempo mit Testen also.

Vetterli, SVP: Wer einen Marathon laufen will, wird sorgsam darauf achten, dass er möglichst leichte Kleidung mitnimmt und unnötigen Ballast unbedingt vermeidet. Leider hat sich die Bekämpfung der Corona-Pandemie längst vom Sprint zum Dauer- oder Langstreckenlauf gewandelt. Es ist deshalb unabdingbar, dass einige Massnahmen umgehend auf ihre Notwendigkeit und Wirksamkeit überprüft werden. Ich erwähne zwei Beispiele für Massnahmen, die ich nicht verstehe. Ich bitte, die Geschäfte zu öffnen. Es macht keinen Sinn, dass ich gestern beim "Velomech" "angebrannt" bin, in der Landi Hammer und Schlüssel, aber keine Kleider kaufen und meine Bücher nur noch online bestellen kann. Zudem bitte ich, die Beizen zu öffnen. Diese haben längst bewiesen, dass sie Schutzkonzepte sehr konsequent und verantwortungsvoll umsetzen können. Deshalb danke ich dem Regierungsrat, dass er mit einer Überprüfung und schrittweisen Lockerung dazu beiträgt, dass wir das Ziel letztendlich überhaupt erreichen.

Barbara Müller, SP: Auch ich möchte mich zur Interpellation äussern, werde aber einen ganz bestimmten Aspekt aufgreifen, nämlich denjenigen der Tests. Es wird immer wieder gefordert, mehr zu testen. Es stellt sich dann aber die grundsätzliche Frage, was die Tests rein wissenschaftlich gesehen überhaupt aussagen. Sie sagen offenbar etwas über Neuinfektionen oder auch Hospitalisationen und Todesfälle aus. Wir wissen mittlerweile, dass die Basis der Tests auf der Polymerasen-Kettenreaktion (PCR) beruht. Es handelt sich dabei um eine rein chemische Angelegenheit. Ich kann nach wie vor nicht nachvollziehen, weshalb die Basis, wie die Tests funktionieren, nicht verstanden wird oder man es nicht verstanden haben will. Denn aufgrund der Tests und den damit generierten Zahlen, den absoluten Fallzahlen, kommt es zu den Massnahmen, wobei es wirklich ein Hohn auf die Wissenschaft ist, mit absoluten Zahlen zu rechnen. Das ist die Grundlage, auf der die Massnahmen beschlossen werden. Ich sage deshalb ganz klar, dass die Tests die Wurzel allen Übels sind. Die ganze Vorgehensweise beziehungsweise die Methode, auf der die Tests basieren, ist rein chemisch. Es handelt sich dabei nur um eine Vervielfältigung von genetischem Material. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Schon Kary Mullis, Entwickler der Tests und Nobelpreisträger von 1993, hat klar gesagt, dass die Methode nur zu Laborzwecken gebraucht werden könne und in der Humanmedizin nichts zu suchen habe. Dies gilt auch heute noch. Man kann dies auf jeder Testpackung und im Handbuch jedes Gerätes nachlesen, das PCR-Tests ausführt. Es ist nach wie vor kein diagnostisches Instrument, und es kann deshalb auch nicht von einem lega-

len Einsatz ausgegangen werden. Es gibt übrigens bis heute kein Isolat des Sars-Cov2-Virus. Man hat nie ein einzelnes Teil dieses Virus, bestehend aus Genmaterial und Eiweisschülle, reinigungsmässig vom umgebenden Material isoliert und über Rasterelektronenmikroskope fotografiert. Es existieren ausschliesslich Modelle. Auch die ganze Testentwicklung für die grundlegenden Tests in der PCR wurde nur aufgrund von Computermodellen durchgeführt. Wir hatten kein Virus zur Verfügung. Ich spreche dabei explizit nicht vom lebenden Virus, denn diese Viren sind keine Lebewesen. Sie können ausserhalb eines Wirtes nicht existieren. Das heisst aber auch, dass es bei den Tests zu Kreuzreaktionen kommen kann. Es ist nicht garantiert, dass reine Sars-Cov2-Viren beziehungsweise das Genmaterial dieser Viren getestet und bestimmt werden. Es können genauso gut andere Corona-Viren mit im Spiel sein, die positive Testresultate generieren. Dasselbe gilt für Influenza-Viren. An der Differenzierung von Influenza und Corona arbeitet man jetzt zwar unter anderem in Frankreich. Das geschieht aber erst jetzt und war bis anhin nicht möglich. Mit anderen Worten gesagt: Wird das Probenmaterial, das man beim Menschen entnimmt, auf drei verschiedene Gensequenzen analysiert, können mindestens ein aber auch andere Corona-Viren vorkommen. Das sagt wohl alles über die Verlässlichkeit aus. Mit diesem Probenmaterial wird dann in der Schweiz mit Hilfe von speziellen analytischen Geräten eine Vervielfältigung in 40 bis 45 Zyklen durchgeführt, wobei bei jedem Zyklus das Probenmaterial verdoppelt wird. Ich beziehe mich hier immer auf genetisches Material in Form von Desoxyribonukleinsäure (dann). Da das BAG keine Auskunft über die Anzahl der Zyklen geben kann, die entscheidend ist, habe ich bei etwa zehn Laboren nachgefragt. Ich habe die Resultate schriftlich vor mir. Man fährt etwa 40 bis 45 Verdoppelungszyklen. Es braucht somit extrem wenig Ausgangsmaterial, um einen positiven Test zu generieren. Das ist wissenschaftlich unsinnig. Durch die hohe Vervielfältigung kann man natürlich auch Kopierfehler mit in das Resultat hineinbringen. Diese Tests sind somit maximal unzuverlässig. Im Weiteren kann der Test nicht nachweisen, ob ein Mensch tatsächlich infektiös ist, also ob er das Virus überhaupt weitergeben kann. Die extrem kleinen Mengen, die es hierzu braucht, können auch aus Bruchstücken von Genmaterial zusammengesetzt sein. Das heisst, dass das Virus dann aber nicht lebendig und auch nicht vermehrungsfähig ist. Jetzt spreche ich bereits von Lebewesen, was offenbar nicht stimmt. Eine Krankheit käme nur zum Ausbruch, wenn ein vollständiges Virus vorhanden wäre. Das kann der Test nicht nachweisen. Man kann nicht unterscheiden, ob jemand erkranken wird, ob er es bereits ist, ob er die Krankheitserreger weitergeben kann und ob er schlimmstenfalls auch an der Krankheit stirbt. Trotzdem kann das BAG in einem Merkblatt behaupten, der Test könne infektiöse Erreger nachweisen. Das Labor in Spiez, es befindet sich in eidgenössischer Hand, sagt das pure Gegenteil. Im Weiteren heisst das aber auch, dass Personen, die hospitalisiert werden müssen und mit diesen PCR-Tests positiv getestet werden, gar nicht zwingend an Corona erkrankt sein müssen. Es kann irgendeine andere Erkrankung sein. Unter Umständen sind die Personen nur aufgrund einer Verletzung oder anderen Krankheit ins

Spital eingeliefert worden. Dasselbe gilt auch bei den leider Verstorbenen. Es ist nicht klar, ob jemand an oder mit Corona verstorben ist. Das führt zu grob fahrlässigen Verzerrungen in der Statistik. Ich muss mich wirklich fragen, was ich von Behörden halten soll, die sich nicht auf die fundamentalen Grundlagen berufen, sich widersprechen und die unsäglichen Kollateralschäden in Kauf nehmen. Ich kann es einfach nicht verstehen. Es ist höchste Zeit, mit dem Testen von symptomfreien Menschen aufzuhören und sich den wirklich Kranken zuzuwenden, damit man sich in der Medizin darüber im Klaren werden kann, welche Behandlung erforderlich ist. Symptomfreie Menschen beziehungsweise asymptomatische Kranke hat es meines Wissens in der Medizin bis anhin aber noch nie gegeben. Da frage ich mich wirklich, auf welche Fakten wir uns eigentlich abstützen. Daher sage ich ganz ehrlich: Das, was hier passiert, ist in erster Linie Panikmache. Ich höre jeden Tag von Menschen mit Behinderungen, die aus irgendeinem Grund dispensiert sind, eine Maske zu tragen und dies selbstverständlich auch beweisen können, wie sehr sie angegangen, verbal diffamiert und diskriminiert werden, bis hin zu Körperverletzungen und Tötlichkeiten. Ich kann es nicht verstehen, weshalb man eine Gesellschaft derart spalten muss. Da komme ich unweigerlich natürlich auch auf die Mutationen zu sprechen. Viren mutieren immer. Das ist in ihren Erbanlagen vorgegeben. Beim Kopieren dieser Erbanlagen kommt es zu Veränderungen. Viren passen sich stets und ständig an. Mutationen gibt es, seit Corona-Viren existieren. Es ist deshalb nichts anderes als eine Selbstverständlichkeit, dass es zu neuen Mutationen kommt. Inwiefern diese modellmässig ansteckender sind, kann hier niemand sagen, weil die Berechnungen auf Modellen beruhen, bei denen man nicht nachvollziehen kann, was die Algorithmen hinter den Modellrechnungen überhaupt bereit wären, auszusagen. Im Übrigen sagt mittlerweile auch die Weltgesundheitsorganisation, dass die hohe Anzahl an Zyklen, die ich erwähnt habe, offenbar nicht zielführend ist und dringend korrigiert werden muss, da die Anzahl an Zyklen invers proportional zur Viruslast ist, die ein Mensch in sich trägt. Damit kann man auch nicht aussagen, ob jemand wirklich infektiös ist. Es wird gefordert, dass die Zahl der Zyklen bei 30 zu enden hat. Damit hätten wir schon sehr viele weniger symptomlose Kranke und offenbar auch weniger Ausbreitung. Ich könnte mich eigentlich auch noch über den R-Wert auslassen. Ich würde das liebend gern machen, verzichte aber darauf. Überhaupt niemand weiss, wie der R-Wert modellmässig eigentlich gerechnet wird. Aufgrund des Bundesgesetzes über das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung habe ich diesbezüglich beim BAG die Unterlagen verlangt. Ich will den Quellcode der Software, die Software selbst und die Dokumentation haben, da bis heute niemand wirklich weiss, wie die Kollegen der Eidgenössischen Technischen Hochschule hier überhaupt vorgehen. Aufgrund der Annahmen ruiniert man unter Umständen ganze Volkswirtschaften. Es ist bekannt, dass ich viel in Nepal bin. Letztes Jahr konnte ich aber nicht reisen. In Nepal gibt es in den grossen Städten Testmöglichkeiten. Dort findet man angeblich auch Infizierte. In den Bergen kann man nicht testen. Dort ist einfach Ruhe. Das wünsche ich mir für unsere Gesellschaft eigentlich auch wieder.

Pasche, CVP/EVP: Der Unmut in der Bevölkerung wächst. Viele Menschen haben Angst und/oder sind frustriert. Diesen Menschen müssen wir Gehör schenken und sie ernst nehmen. Die Herausforderungen der Wirtschaft sind gross. Viele Unternehmerinnen und Unternehmer wälzen sich unruhig in den Schlaf, weil die Zukunft ihres Lebenswerks ungewiss ist. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich ihnen anvertraut. Wie geht es für diese weiter? Fast täglich beantworte ich als Schulpräsidentin Mails von besorgten Eltern. Die Anliegen und Forderungen driften immer weiter auseinander. Gut vertretbare, machbare Lösungen zu finden, wird immer schwieriger. Für unsere Kinder und Jugendlichen ist es wichtig, sich mit Gleichaltrigen auszutauschen, und zwar nicht nur in der Schule, sondern auch in ihrer Freizeit. Jugendliche wachsen zu eigenständigen Persönlichkeiten heran. Die Identitätsfindung findet normalerweise ausserhalb der Familie statt. Diese Möglichkeit nehmen wir unseren Jugendlichen zurzeit. Unser Gesundheitssystem kommt an seine Grenzen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind erschöpft. Der Unmut der Hausärztinnen und Hausärzte ist nicht mehr zu überhören, nicht nur bezüglich der Impfstrategie. Die Gesellschaft wird immer mehr gespalten. Dabei wäre es gerade in einer solch schwierigen Zeit nötig, dass wir zusammenstehen und nicht die eigenen Interessen in den Vordergrund stellen, sondern an das Wohl aller denken, insbesondere an jene, die die Folgen der Pandemie zu tragen haben. Wir sind lernfähig und können anhand neuer Erkenntnisse immer neu entscheiden. Entscheide sollten immer wieder neu überdacht werden. Die Lage, in der wir uns befinden, hat sich verändert. Die Herausforderungen sind noch komplexer geworden, was sie für die Bevölkerung nicht verständlicher macht. Da die von den Behörden gefällten Entscheidungen nicht für alle verständlich sind, braucht es die Auseinandersetzung. Das Erklären ist mühsam und schwierig. Es braucht aber Erklärungen, um damit der Bevölkerung die beschlossenen Massnahmen verständlich zu machen. Bei der Pandemiebekämpfung muss verstärkt die gesamtgesellschaftliche Wohlfahrt in den Vordergrund gerückt werden. Das bedingt, dass die Politik die bestehenden Zielkonflikte explizit anspricht und die relevanten Fragen beantwortet. Die Bevölkerung muss spüren, dass die Politiker das Problem erkennen, miteinander diskutieren und machbare Lösungen suchen. Voraussetzung ist jedoch, dass auch wir einander zuhören und den Fachleuten vertrauen. Das heisst nicht, ihre Statistiken und Szenarien nicht kritisch zu hinterfragen, sondern uns mit ihnen auseinanderzusetzen und die beschlossenen Massnahmen zu verstehen. Ich gehe davon aus, dass wir nicht mit einem schnellen Ende dieser Corona-Pandemie rechnen dürfen. Wir meistern diese Krise nicht im Alleingang. Wir sind gefordert, nicht nur im eigenen Interesse zu handeln, sondern im Interesse unserer Gesellschaft, und zwar der ganzen Gesellschaft, vom Kleinkind bis zur Urgrossmutter. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik wird nicht durch noch mehr Kontrollen gestärkt, sondern durch eine klare, transparente und kommunizierte Strategie, die konsequent verfolgt und auf ihre Wirksamkeit kontrolliert und angepasst wird.

Gschwend, FDP: Ich muss zwei Sachen loswerden. An der letzten Grossratssitzung habe ich zusammen mit Kantonsrat Daniel Eugster eine Einfache Anfrage betreffend der Impfstrategie mit der Bitte um eine zeitnahe Beantwortung eingereicht. Seither sind drei Wochen vergangen. Trotz der Krise, in der wir uns befinden, habe ich nichts gehört. Als Gewerbetreibender geht mir das alles absolut zu wenig schnell. Wir haben eine Krise. Dem Detailhandel geht es wirklich schlecht. Seitens des Regierungsrates höre ich in dieser Phase einfach nichts zum Thema "Impfen". Die Beantwortung meiner Einfachen Anfrage "Thurgauer Jugendliche im Übergang zur Berufswelt in Corona-Zeiten" fällt sehr dünn aus. Ich bin mir aber sicher, dass diesbezüglich noch eine grosse Welle auf uns zukommt. Es ist für Jugendliche in der Phase der Berufswahl aktuell sehr schwierig, Möglichkeiten für eine Schnupperlehre zu erhalten. Ich appelliere, dass wir gemeinsam nach vorne schauen und uns zusammen auf den Weg machen sollten. Dies aber mit der notwendigen Geschwindigkeit, damit der Detailhandel und das Gastronomiegewerbe überleben können.

Mathis Müller, GP: Wir leben in der Schweiz. Die freie Meinungsäusserung von freien Menschen ist ein hohes Gut. Zu den von Kantonsrätin Barbara Müller angesprochenen Tests muss ich sagen, dass ich zwischen der Anzahl der Corona-Fälle und den Hospitalisierungen, Todesfällen und den Fällen auf der Intensivpflegestation eine Korrelation beziehungsweise einen sehr engen Zusammenhang erkenne. Daher muss ich diesen Tests Glauben schenken. Wir leben in einer Pandemie. Die Interpellanten möchten ab März eine umgehende Lockerung des Lockdowns und eine verhältnismässigere Corona-Politik, um der Bevölkerung Perspektiven zu geben. Wer möchte das nicht? Es ist aber verführerisch und auch populistisch. Seit Wochen stehen solche grossseitigen Inserate in vielen Tageszeitungen. Es ist klar, dass alle Corona-Massnahmen Auswirkungen auf die Berufswahl von Lernenden, auf die psychische Gesundheit vieler Menschen und leider auch drastische Folgen für einen Teil des Gewerbes haben. Das bestreitet niemand. Es möchten auch alle Menschen ein schnelles Ende der Pandemie. Die grosse und umstrittene Frage bleibt aber, wie wir ein Ende gemeinsam möglichst schnell erreichen können. Es gibt jedoch kein Drehbuch für die Bewältigung der Pandemie. Die Behörden haben heute ein Ziel vor Augen. Es ist der Schutz der Bevölkerung und damit auch eine Reduzierung der wirtschaftlichen Schäden. Dazu einige Einschätzungen zum Corona-Virus: Kein anderes bekanntes Virus schaffte es in so kurzer Zeit, sich über den ganzen Erdball auszubreiten. Ausser der Globalisierung sind die lange Inkubationszeit des Virus sowie die vielen asymptomatischen Verläufe dafür verantwortlich. Das macht dieses Virus zusammen mit der grossen Sterblichkeit und den vielen Long-Covid-Schäden in bis zu 30% der Fälle, auch bei jüngeren Menschen, so gefährlich. Der Zeitpunkt für umgehende Lockerungen ist bereits gekommen. Entwickelt sich die Abnahme der Fälle im Februar weiterhin, in der Schweiz mit minus 2,2% und im Kanton Thurgau mit minus 3,7% pro Tag, darf am 1. März in der Schweiz noch mit täglich etwa 500 und im Thurgau noch mit

täglich etwa 15 neuen Corona-Fällen gerechnet werden. Dies scheint wenig zu sein. Ende September waren aber genau diese Werte in der Schweiz, beispielsweise auch im Kanton Genf, und später auch in anderen Ländern wie Irland, Israel oder Portugal Ausgangspunkt für eine rasend schnelle Entwicklung innerhalb von 30 bis 35 Tagen. So erreichte anfangs Oktober die Anzahl der Fälle pro Tag in Genf beispielsweise bereits das Maximum von 190 Fällen pro 100'000 Einwohner, also fast über 20 Mal mehr, als wir jetzt im Kanton Thurgau aufweisen. In der Schweiz waren es 90 Fälle. Es ist deshalb richtig, dass die wirkungsvollsten Massnahmen in der Schweiz weiterhin auch nach dem 1. März bestehen bleiben müssen, gerade weil sich auch die Situation aufgrund der noch ansteckenderen mutierten Viren grundsätzlich geändert hat. Da die Inzidenz im Thurgau wohl aufgrund der zusätzlich verschärften Massnahmen aber auf die Hälfte der übrigen Schweiz gesunken ist, ist eine Lockerung der zusätzlichen Massnahmen im Kanton sicher prüfbar. Zu den Impfstrategien: Wenn die Risikogruppen geimpft sind, ist schon ein grosser Teil des Problems gelöst. Voraussetzung ist dabei, dass die Impfungen auch gegen die mutierten Viren wirken. Spätestens dann, wenn alle, die es wollen, die Chance auf eine Impfung hatten, sollten wir zu einer gewissen Normalität zurückkehren können. Über die Sinnhaftigkeit aller Massnahmen zum Infektionsschutz und zur Impfstrategie kann man durchaus geteilter Meinung sein. Es können durchaus auch Verbesserungen angebracht sein. Vieles erscheint widersprüchlich und manches unfair. Ich denke jedoch, dass beispielsweise die Hausärzte noch sehr viele Impfungen verabreichen können, wenn der Impfstoffengpass einmal vorbei ist. Es spielt schlussendlich keine Rolle, ob vulnerable Personen auf einem Schiff oder in der Hausarztpraxis geimpft werden. Zur Bewältigung der Pandemie: Es ist sehr wichtig, dass die begangenen Fehler im Corona-Management nicht noch einmal wiederholt werden. Das heisst, dass der Bund und die Kantone sich nicht mehr über die Kompetenzen streiten sollten und wirkungsvolle Massnahmen viel früher als bei der ersten und zweiten Welle gestartet werden. Ich warne davor, erbrachte Opfer mit einer zu schnellen Lockerung zu gefährden. Vielmehr müssen jetzt die Härtefallkredite schnell und einfach beantragt und ausgelöst werden, um notleidende Gewerbe effektiv zu unterstützen. Die Einschätzung der aktuellen Lage führt dazu, dass die vorliegende Dringliche Interpellation mit ihrer unterschweligen Kritik an der Corona-Politik einseitig auf gesundheitliche Aspekte ausgerichtet und die Verharmlosung des Corona-Virus eben doch zu wenig durchdacht ist. Der Lockdown im März war nicht nur für die Gesundheit der Menschen und der Bevölkerung ein Gewinn. Auch der Schaden für die Wirtschaft konnte dadurch stark reduziert werden. Ob man es glaubt oder nicht: Dies trifft auch beim zweiten Shutdown zu und ebenfalls bei einer allfälligen Verhinderung einer dritten Welle.

Lei, SVP: Mein Sohn Lars, 12 Jahre alt, hatte Covid. Er musste zehn Tage in Isolation in seinem Zimmer verbringen. Wir haben ihm das Essen auf einem Tablett gebracht, welches er dann in sein Zimmer nehmen musste. Er war danach zwar handysüchtig und hat

gesagt, dass er kein Gemüse mehr essen könne, aber sonst ist ihm nichts passiert. Diese Aktion war auch völlig unnötig, aber wir haben uns dem unterzogen. Am Valentinstag wollte ich meiner Frau Blumen kaufen. Es ist erlaubt, Blumen zu kaufen, Blumentöpfe jedoch nicht. Somit gab es dann doch keine Blumen für meine Frau. Man sieht, dass die Massnahmen einfach widersinnig sind. Zudem haben wir unsere Demokratie ausgehebelt. Wir haben einen institutionellen Notstand und eine Diktatur. Eine Diktatur auf Zeit, wie sie das römische Recht auch kannte. Es kannte sie aber nur im Kriegsfall und auf ein Jahr begrenzt. Wir haben keinen Krieg und die Diktatur schon länger als ein Jahr. Ich verstehe, dass es für Regierungen attraktiv ist, so zu regieren. Die Demokratie ist ausgehebelt, man kann machen was man will. Deshalb hört es auch nie auf. Es sind immer wieder neue Begründungen, die vorgebracht werden. Zuerst waren es die Spitäler, die voll sind, dann waren es die Fallzahlen, die steigen. Wenn die Fallzahlen sinken, sagt man, dass man jetzt umso schärfer reagieren müsse, damit sie nicht wieder steigen. Die neuste Begründung sind nun die Mutanten. Kontrollen an der Grenze will man aber auf keinen Fall. Man könnte die Europäische Union verärgern. Alle Prognosen, die wir gesehen haben, waren falsch. Man merkt und weiss jetzt auch, dass die Menschen wissen, dass die Krankheit für den grossen Teil nicht gefährlich ist. Aus diesem Grund wollen die Menschen die Massnahmen nicht mehr. Das ist auch richtig so. Ich meinte es in meinem Votum heute ernst, als ich sagte, dass der Bundesrat einmal hören muss, was wir denken, da er mit den Massnahmen sonst nicht aufhört. Wenn man den Mund nicht aufmacht, hört einen auch niemand. Einige hier im Grossen Rat sind jedoch kritisch eingestellt, und zwar etwa so kritisch wie das Amtsblatt. Das stimmt mich nachdenklich. Wenn man uns, wie beispielsweise Kantonsrat Ueli Fisch kritisiert, geschieht dies nur deshalb, weil man einfach "hässig" ist, da man zu spät gekommen ist. Das ist wie bei der Artillerie: zu kurz, zu wenig, zu spät und jetzt ist man eingeschnappt. Zur Aussage, dass man jetzt gemeinsam nach vorne schauen müsse, kann ich nur sagen: Wenn wir hier in der Kirche wären, ist nur mit Beten auch noch nichts gewonnen und mit Reden ebenfalls nicht. Die SVP stellt nur zwei von sieben Bundesräten. Man kann sich selbst ausrechnen, ob dies für eine Mehrheit ausreicht. Härtefallentschädigungen sind natürlich auch gut, nur bezahlen wir sie mit der Kreditkarte unserer Kinder. Das Geld wächst weder auf den Bäumen noch kann es einfach irgendwo gedruckt werden. Unsere Kinder werden dies noch jahrzehntelang bezahlen. Ich gehe zudem weiter als die Interpellation. Ich bin für ein sofortiges Ende des Lockdowns. Ich habe das Gefühl, dass wir sonst mehr Selbstmorde als Corona-Tote haben werden. Die Corona-Toten, so bedauerlich sie auch sind, werden wir zudem wahrscheinlich so oder so haben, wenn die Impfung dann nicht hilft. Es hat sich schon ein guter Bekannter von mir umgebracht, weil ihm Corona den Todesstoss gegeben hat. Es nützt also weder reden noch beten, wir müssen handeln.

Stokholm, FDP: Es ist zwar schon alles gesagt. Ich muss aber trotzdem auch noch das Wort ergreifen oder besser gesagt, das Wort ergreift schon fast mich. Sind die Interpel-

lanten mit den Antworten wirklich zufrieden, die sie auf die Interpellation erhalten haben? Ich weiss nicht, wie es ihnen geht, ich bin es aber nicht. Schön, dass wir darüber geredet haben. Schön, dass wir das Ventil genutzt haben. Schön, dass wir Dampf abgelassen haben. Ich erlaube mir das jetzt auch. Schön, dass wir über den Lockdown geredet haben, den wir selber nicht verfügt haben. Schön, dass wir über Fragen geredet haben, die uns alle beschäftigen, deren Beantwortung evidenzbasiert, aber wohl erst viel später gegeben werden kann, wenn überhaupt. Schön, dass wir uns einen Vortrag über das Testen zu Gemüte geführt haben, den wir aber nicht erfragt hatten. Schade, dass man aber den Spruch "Liefere statt lafere" umdreht. Schade, dass ich bezüglich Lösungsansätzen wenig Konkretes und vor allem wenig Brauchbares gehört habe, das in die Zukunft weisen würde. Steuern senken? Ja, super. Vulnerable schützen? Wir sperren also alle ein, oder wie? Vertrauen? Das kommt ausgerechnet von einer Seite, die sehr gern mit der Angst politisiert. Schade auch, dass ich wirklich nichts Neues gehört habe. Man hätte sich alles selber beantworten können, wenn man ein bisschen aufmerksam zuhört oder liest, und zwar wirklich alles; ausnahmslos. Ich hätte mir ehrlich gesagt eine noch etwas selbstkritischere Haltung bezüglich der Thurgauer Impfstrategie gewünscht. Wir sind siebtletzte. Wir sind natürlich ein Parlament, weswegen hier auch parliert wird. Ob die Bevölkerung sich aber wirklich abgeholt fühlt, wenn wir mit unserem Unmut heisse Luft produzieren, wage ich ehrlich gesagt zu bezweifeln. Wir sollten Lösungsansätze bringen, die in unserer Macht stehen. Das bringt uns weiter. Wir befinden uns in einem Marathon, und zwar nicht in irgendeinem Marathon, sondern beim "Frauenfelder". Da ist keine leichte Kleidung angesagt, sondern zusätzlich ein Rucksack mit dabei. Das ist der Marathon, in welchem wir uns befinden. Weg mit der leichten Kleidung, denn es ist ein grosser Rucksack. Wir haben noch viel vor uns. Wir sollten die Geduld dafür haben.

Schmid, SVP: Ich bin kein Theologe wie Kantonsrat Anders Stockholm. Meines Erachtens ist das Thema das Wichtigste, wenn nicht unserer, dann aber zumindest dieser Zeit. Ich bin jetzt gerade einmal 44 Jahre alt geworden. Wenn ich etwas auf die 44 Jahre überblicke, hat es in dieser Zeit hier in der Schweiz nichts Gravierenderes als die Corona-Krise gegeben. Eine Pandemie mit derart massiven Einschnitten und Eingriffen in unsere Freiheitsrechte haben wir alle so noch nie erlebt. In einer Parlamentsdebatte wie dieser kann man nicht unbedingt komplett neue Erkenntnisse erlangen. Darum ging es uns auch nicht. Es ging darum, im Rahmen des breiten Vorstosses, der mit acht Fragen das ganze Thema aufgreift, zu diskutieren, da heute Nachmittag Vorschläge des Bundesrates zu erwarten sind. Unser Regierungsrat muss dazu Stellung nehmen. Es ist sicherlich gut, wenn unser Regierungsrat auch hört, welches die Meinungen sind, und zwar nicht nur jene der SVP-Fraktion. Wir sind die Vertreter des Volks, also 130 gewählte Volksvertreter, die ihre Meinungen kundtun dürfen. Das ist wichtig. Es ist klar, dass Bundesrat Alain Berset hier nicht zugeschaltet ist. Unser Regierungsrat wird aber konsultiert werden. Er kann das einbringen, worüber wir hier diskutieren. Das erhoffe ich mir je-

denfalls. Kantonsrat Ueli Fisch hat die SVP-Fraktion etwas viel gescholten, aber etwas wenig über das Thema gesprochen. Ich glaube auch nicht, dass uns eine politische Einstufung der Impfwilligen und weniger Impfwilligen sehr viel weiterhilft. Als Anwalt müsste ich jetzt mit Nichtwissen bestreiten, ob die Impfkritischen wirklich die SVP-Wähler sind. Das ist mir aber egal und hilft uns auch nicht weiter. Wir brauchen gegen diese Pandemie keine Holzhammermethoden, sondern griffige, gezielte, wirksame und intelligente Massnahmen. Genau das wollten wir ansprechen. Es wurde gesagt, dass in unserem Vorstoss der Blick nach vorne fehle. Ich glaube jedoch, dass dieser glasklar ist. Ich habe es gerade erwähnt: Stopp Lockdown, stopp Holzhammermethoden. Wir wollen das nicht mehr. Wir möchten eine rasche Öffnung und vor allem eine Strategie, und zwar eine klare Lockerungsstrategie, mehr Augenmass, gezieltere Massnahmen und keine radikalen Lockdowns mehr. Es freut uns natürlich, wenn sich die SP-Fraktion beziehungsweise Kantonsrätin Marianne Sax über unsere Vorstösse freut. Ich bitte dann aber künftig darum, der Diskussion zuzustimmen und diese nicht zu verweigern. Das wäre hilfreich, obwohl wir das Thema der Migration auch hier nicht gänzlich ausklammern konnten. Die brasilianischen, südafrikanischen und britischen mutierten Viren haben uns dazu gezwungen. Es wurde uns zudem indirekt vorgeworfen, dass wir das Virus verharmlosen würden. Das liegt uns aber absolut fern. Das Corona-Virus existiert. Es ist durchaus in vielen Fällen heimtückisch, vor allem bei Risikopersonen. Wenn aber die Kur gefährlicher als die Krankheit selbst wird, ist es vielleicht an der Zeit, die Kur zu überdenken und abubrechen. Es kann einfach nicht so weitergehen, bis die Zahlen auf null sind. Es finden sich immer wieder Gründe für eine Verlängerung der harten, radikalen Massnahmen. Wir müssen jetzt aus dem Lockdown heraus, da die Zahlen massiv gesunken sind. Wir müssen weitere Kollateralschäden verhindern. Es handelt sich nicht nur um wirtschaftliche und finanzielle Schäden, sondern es geht auch um soziale und psychische Schicksale, die sich überall auftun. Es gibt viele Menschen, die schlechter als wir im Grossen Rat gestellt sind. Diese leiden täglich unter der Krise, und es beschäftigt sie sehr. Viele Ratsmitglieder haben entsprechende Briefe und Schreiben erhalten. Diese müssen wir ernst nehmen. Meines Erachtens ist es auch sehr wichtig, dass wir die Diskussion geführt haben, selbst wenn kritisiert wurde, dass keine neuen Erkenntnisse herausgekommen seien. Der Grosse Rat hat darüber diskutiert, und das ist wichtig. Meines Erachtens ist es auch wichtig, dass der Staat Betroffene entschädigt, wenn er Massnahmen beschliesst, Geschäfte schliesst und das Wirtschaften verbietet. Wir haben heute die Menschen draussen gesehen. Sie machen sich Sorgen, sonst würden sie nicht dastehen. Ob wir deren Meinung teilen oder nicht, ist egal. Es ist logisch, dass es unterschiedlichste Meinungen gibt. Die Menschen brauchen jedoch Perspektiven, und es braucht eine klare, messbare und auch nachvollziehbare Ausstiegsstrategie. Ich bin sehr dankbar, wenn unser Regierungsrat diese Botschaft mitnimmt und sie gegenüber dem Bundesrat platziert.

Engeli, GP: Ich sehe die Interpellation als eine Möglichkeit, einem Teil der Bevölkerung eine Stimme zu geben. Ich sehe es als meine Aufgabe als Kantonsrätin, dies zu tun, selbst wenn es nicht allen passt. Ich bin absolut damit einverstanden, dass der Lock-down und auch viele andere Massnahmen ein Ende haben müssen. Allerdings erachte ich Massentests und Massenimpfungen zur Kompensation der Angst in der Bevölkerung als weniger sinnvoll. Wir versuchen, mit etwas Natürlichem, einem Virus, in ausserordentlich unnatürlicher und mechanistischer Art und Weise umzugehen. Das scheint mir das grundlegende Problem in der Bewältigung dieser Krise zu sein. Das ganze Vorgehen basiert auf der Idee, wir müssten dieses Virus bekämpfen und ausrotten. Aber Viren gehören zu uns Menschen. Sie werden, wie wir feststellen können, immer wieder auftauchen. Am Anfang der Krise wusste man noch wenig über die Gefährlichkeit des Virus und darüber, wie es sich auf die Menschen auswirkt. Inzwischen weiss man, wenn man es hören möchte, dass das Virus nur für eine sehr kleine Gruppe sehr gefährlich ist, wie viele andere Krankheiten auch. Das wurde schon zu Beginn klar, als beobachtet werden konnte, dass es für die allermeisten Menschen mit einem milden Verlauf verbunden ist. Aufgrund dieses Wissens, das schon im Sommer vorhanden war, hätte man reagieren und einen Kurswechsel initiieren können. Ein natürlicher Umgang mit dem Virus wäre beispielsweise die rasche Durchseuchung der Gruppe der Nichtgefährdeten oder der sehr wenig Gefährdeten. Damit hätte man sich viele Massnahmen ersparen können. Leider ist es nicht dazu gekommen. Das Problem ist jetzt aber, dass all diese Massnahmen offensichtlich nur bedingt zum Ziel führen. Wir werden immer mit neuen Virusmutation konfrontiert und kommen aus der Reaktionsschleife nicht mehr heraus. Spätestens jetzt müsste nochmals über die Bücher gegangen und das Vorgehen analysiert werden, nicht nur auf das Virus bezogen, sondern auch bezüglich aller Nebenwirkungen der Massnahmen. Das ist momentan leider nur teilweise geschehen. Man nimmt lieber in Kauf, junge Menschen mit einem Impfstoff zu impfen, über dessen Langzeitfolgen man nichts weiss, als dass sie sich mit dem Virus anstecken und anschliessend immun wären, was in der Risikoabwägung das geringere Risiko darstellt. Das ist übrigens nicht meine Meinung, sondern jene von Prof. Dr. Pietro Vernazza. Man nimmt in Kauf, dass Kinder in Angst und Schrecken versetzt werden und sich nicht mehr trauen, Nähe zu ihren Mitmenschen zu suchen. Man nimmt in Kauf, dass Jugendliche und junge Erwachsene ihren Entwicklungsaufgaben beraubt werden, indem sie sich gar nicht, oder nur eingeschränkt hinter einer Maske versteckt, mit Gleichaltrigen auseinandersetzen dürfen. Man nimmt in Kauf, dass Kinder, Jugendliche und Adoleszente nur noch mit Leistungserbringung konfrontiert sind, alle motivierenden Elemente aber gestrichen werden. Man nimmt in Kauf, dass sich häusliche Gewalt, Depressionen und Suizide häufen. Man nimmt in Kauf, dass Menschen auf der Intensivstation über Wochen nicht besucht werden dürfen, obwohl man weiss, dass zur Genesung die Nähe zu den Menschen, die man liebt, wichtig wäre. Man nimmt in Kauf, dass Menschen in Alters- und Pflegeheimen ungefragt isoliert und in Quarantäne gesteckt werden. Diese Liste kann noch um sehr viele

Punkte wie Kapitalverschiebungen oder Digitalisierungsdruck erweitert werden, die uns global noch sehr beschäftigen werden. Die Schäden der Massnahmen sind immens und können nicht einmal annähernd abgeschätzt werden. Es ist höchste Zeit, dass wir wieder alle Stimmen im Land hören und die Menschen nicht mehr mit zusammenhangslosen Zahlen und Berichten in Angst versetzt werden. Es ist an der Zeit, den Blick zu erweitern und die Situation neu zu bewerten. Es braucht endlich Massnahmen, die die Menschen und ihr Immunsystem stärken und nicht schwächen.

Dransfeld, GP: Heute ist ein guter und erfreulicher Tag. Monate, nachdem meine Vorrednerin, Kantonsrätin Brigitta Engeli, Kantonsrat Jost Rüegg und ich eine Interpellation eingereicht haben, ist endlich die Möglichkeit da, im Grossen Rat gemeinsam über dieses verrückte Virus zu sprechen, das unser Leben dermassen prägt. Ich danke allen, die diese Diskussion möglich gemacht haben. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, wenn Vertreter jener Partei, die in allen Gremien der Legislative und Exekutive am mächtigsten vertreten ist, gegen den bösen Regierungsrat, die bösen Mächtigen, die offenbar auf hinterhältige Weise das Leben von armen Thurgauerinnen und Thurgauern erschweren oder zerstören wollen, Robin Hood spielen. Die heutige Diskussion ist ein Affront und eine Chance zugleich. Ein Affront, weil die Interpellanten den Regierungsrat mit haltlosen Vorwürfen beleidigen. Eine Chance, weil wir in Sachen "Corona" endlich das tun, wofür wir bezahlt und gewählt sind, nämlich die Interessen des Thurgauer Volkes im offenen Diskurs zu verteidigen. Das Volk wünscht sich nichts mehr als eine dauerhafte Rückkehr zur Normalität. Wir wollen leben, arbeiten, tanzen, singen, feiern, einander nahe sein, und zwar dauerhaft. Öffnen wir zu früh, ist die Freude von kurzer Dauer. Wir wissen das, mit Ausnahme der vier Interpellanten alle, denn dann kommt die "Retourkutsche". Die Bevölkerung hat vom Auf und Ab die Schnauze voll. Deshalb darf die Öffnung nur in der Masse erfolgen, dass es auch "verhebt". "Stopp Lockdown" ist zwar gut, aber kurz danach wieder "Start Lockdown" ist nicht gut. Es ist Aufgabe des Regierungsrates, Schäden abzuwenden. Dazu gehört der soziale Schaden, den meine Vorrednerin genannt hat, der wirtschaftliche Schaden, den zahlreiche Vorredner genannt haben, aber auch der gesundheitliche Schaden, der in der Schweiz wahrscheinlich in der Grössenordnung von 100'000 Toten liegen würde, wenn wir einfach gar nichts getan hätten. Das hätte seinerseits natürlich auch erheblichen Folgeschaden wirtschaftlicher und sozialer Art mit sich gebracht. Die Mitglieder des Regierungsrates haben in den letzten 11 Monaten viel Gutes, viel Nützliches und manchmal auch Schmerzhaftes getan, um uns vor grösseren Schmerzen zu bewahren. Ich bitte sie inständig, mit kühlem Kopf, ehrlich und mit Herzblut dran zu bleiben. Sie sollten an die Wirtschaft und an die Gemeinschaft denken, Perspektiven aufzeigen und sich nicht von Leuten plagen lassen, die sie verhöhnen. Der Regierungsrat ist umso glaubwürdiger, je ehrlicher und offener er uns sagt, was er weiss und was er nicht weiss. Nur Trottel wollen einen allwissenden und allmächtigen Regierungsrat. Wir brauchen Ehrlichkeit, auch wenn die Nachrichten unbequem sind. Wir wis-

sen es zu schätzen, dass bisher alle demokratischen Regeln geachtet wurden. Hier liegen sowohl Kantonsrat Hermann Lei als auch Kantonsrat Peter Schenk falsch. Wir werden die demokratischen Regeln selbstverständlich auch weiterhin nutzen. Ja, wir müssen noch besser impfen. Ja, wir müssen besser testen. Ja, wir brauchen noch schnellere und wirksamere Hilfen für die Wirtschaft. Ja, wir müssen auch so weit vertretbar öffnen. Dabei allen Verantwortlichen aber Konzeptlosigkeit und Blindflug zu unterstellen, ist unehrlich und unanständig. Wir müssen jenen danken, die seit einem Jahr unermüdlich der Krise begegnen. Wir müssen ihnen danken, obwohl wir alle wissen, dass viele Fehler geschehen sind. Denn wir wissen, dass auch uns täglich reihenweise Fehler passieren und wir es nicht perfekt gemacht hätten. Während des Hochwassers 1999 wurden in meinem Dorf dutzende Häuser unbewohnbar. Den Feuerwehrleuten war schnell klar, dass der See erst sinkt, wenn er sinkt und nicht dann, wenn wir es gerne hätten. Wir wussten, dass Opfer wie das Fluten einer Wohnung in Kauf genommen werden müssen, um grössere Opfer wie das Unterspülen der Fundamente zu vermeiden. Wir wussten auch, dass alle, die Schaden erlitten und Notunterkünfte brauchten, es verdienten, sofort und ohne Wenn und Aber entschädigt zu werden. Wir hielten zusammen. Niemand sprach von Eigenverantwortung. Niemand rief "Stopp Hochwassermassnahmen", so sehr wir uns ein Ende des Spuks gewünscht hätten. Uns wurden Schreckensszenarien wie der Ausbruch von Cholera bei einem Kollaps der Kanalisation beschrieben, und dieses Risiko war reell. Wir konnten den Kollaps durch Tag- und Nachtarbeit vermeiden. Dass die Schreckensszenarien nicht eintrafen, erfüllte uns mit Dankbarkeit und nicht etwa mit Groll gegenüber jenen, die davor gewarnt hatten. Wir sollten mit Herzblut und mit kühlem Kopf zusammenhalten. Das sind wir der Bevölkerung, der Wirtschaft und den Alleingelassenen schuldig. Ich bitte die Mitglieder der Corona-Kommission, alles zu geben, dem Regierungsrat auf die Füsse zu stehen, gute Ideen zu unterstützen und sie zu bekämpfen, wenn es bessere gibt. Wir sollten die Bevölkerung nie vergessen, die von uns erwartet, dass wir in dieser Krise alles geben.

Bühler, CVP/EVP: Ich danke Kantonsrat Anders Stokholm. Dank seines Votums ist meines um mindestens die Hälfte gekürzt worden. Ich hätte es nicht besser sagen können. Ich möchte mich darum auf einige Punkte aus dem Fragenkatalog der Interpellanten konzentrieren. Die Härtefälle sind das wesentliche Kriterium, dem wir uns annehmen müssen. Niemand darf durch die Maschen fallen, da sind wir uns wohl alle einig. Es gibt zwei Problempunkte, die immer noch nicht gelöst sind. Ich bitte den Regierungsrat diesbezüglich, sie wieder und wieder bei den Vernehmlassungsantworten in Bern zu platzieren. Es geht um die Betriebe, die Betriebsstätten in verschiedenen Kantonen führen. Dadurch, dass sie nur in einem Kanton, beispielsweise im Thurgau, ein Gesuch stellen können, wird man ihrer Situation nicht gerecht. Das sind grössere Firmen, die bei uns mit einem einzigen Gesuch nicht zum Ziel der Deckung ihrer Verluste kommen, die sie aufgrund des Lockdowns erleiden. Die Gründungsdaten unserer Härtefälle sind ein zweites

Kriterium, das noch nicht gelöst ist und bei dem man nachjustieren muss. Ich habe es schon einmal erwähnt und ich sage es heute wieder, weil ich von meinen Kollegen gelernt habe, dass Wiederholen nicht die schlechteste Variante ist, um Gehör zu finden. Das Gründungsdatum "März 2020" muss nachjustiert werden. Es gibt Betriebe, die im Sommer oder im Herbst begonnen haben und trotzdem im Dezember 2020 und im Januar 2021 geschlossen wurden. Auch diese verdienen Härtehilfe, wenn sie den Kriterien entsprechen. Ich teile die Auffassung, und ich bin froh, dass Regierungsrat Urs Martin gesagt hat, dass es jetzt nicht noch Verschärfungen der Kontrolltätigkeiten brauche, um die Leute noch mehr aufzuwiegen und die Unternehmen noch mehr zu belasten. Die meisten machen es gut und korrekt. Sie machen es seriös, und sie wollen in der jetzigen Situation ganz sicher nicht noch mehr machen müssen, ohne sicher zu sein, dass übermorgen alles wieder anders ist. Ein wichtiger Punkt sind die Impfungen und die Impfdosen. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass viele Leute glauben, dass ein zugelassener Impfstoff einfach vom Himmel fällt. Es kommen nicht einfach Milliarden Impfdosen irgendwo her. Es müssen Produktionsketten und Verteilschlüssel aufgebaut werden. Die ganze Welt will doch den gleichen Stoff möglichst schnell haben. Meines Erachtens ist es diesbezüglich wichtig, unserer Bevölkerung zu sagen, dass ein bisschen mehr Geduld notwendig ist. Beim ersten Lockdown hatten wir schon nach wenigen Tagen plötzlich kein WC-Papier mehr. Beim Impfstoff geht es um wesentlich grössere Portionen als beim WC-Papier, wie wir es in unseren Supermärkten erlebt haben.

Wohlfender, SP: Das Votum von Kantonsrätin Brigitta Engeli hat mich dazu bewogen, auch noch etwas zu sagen. Ihre Aussage, dass nur gewisse Risikogruppen einen schweren Verlauf haben, stimmt so einfach nicht. Ich bin Vertreterin der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner der Sektion Ostschweiz. In den letzten Wochen sind mir Fälle zugegangen worden, die mich wirklich mit Besorgnis erregen. Pflegefachleute, die sich im Beruf angesteckt haben, hatten einen sehr schweren und langwierigen Krankheitsverlauf mit nächtlicher Atemnot, den sie nur dank der Pflege ihrer Angehörigen gut überstanden hatten, ohne selbst auf dem Notfall oder sogar auf der Intensivstation zu landen. Sie haben auch nach Monaten noch schwerwiegende gesundheitliche Einschränkungen. Sie können teilweise ihre Arbeit kaum oder nur zu geringen Stellenprozenten aufnehmen. Ich bin auch darüber besorgt, dass diese Pflegefachleute nicht wieder voll eingesetzt werden können, obwohl wir einen massiven Mangel an Pflegefachpersonen haben. Ich bin ebenfalls besorgt darüber, dass 25% der Erkrankten mit Langzeitfolgen zu kämpfen haben, wenn die Zahlen aus Deutschland stimmen. Welche Auswirkungen hat das auf unser Gesundheitssystem? Es macht mir Sorgen, dass ein Teil der schwerer Erkrankten zu Fällen der Invalidenversicherung werden und welche Auswirkungen sie auf unser Sozialversicherungssystem haben könnten. Deshalb bin auch ich als Bürgerin bereit, die verordneten Massnahmen mitzutragen.

Regierungsrat **Martin**: Die heutige Diskussion war wichtig und wertvoll. Der Regierungsrat dankt allen für ihre Voten. Es war nötig und wichtig, dass die Ratsmitglieder einmal Dampf ablassen konnten. Man hätte ein Heizkraftwerk an die Rüegerholzhalle anschliessen und viel alternative Energie aus der heutigen Diskussion herausziehen können. Die Situation bedrückt uns alle gleichermassen. Ich kann versichern, dass Covid auch für den Regierungsrat an jeder einzelnen Sitzung ein intensives Thema ist, das wir in der ganzen Tiefe beleuchten. Genauso, wie die Meinungen hier im Grossen Rat divergieren, divergieren sie in der ganzen Gesellschaft maximal. Der Grosse Rat ist somit eine repräsentative Vertretung der Thurgauer Gesellschaft. Das macht die ganze Sache extrem schwierig. Aktuell gibt es relativ tiefe Fallzahlen, die mit der zweiten Oktoberhälfte vergleichbar sind. Die Auslastung der Intensivstationen ist vertretbar. Gleichzeitig gibt es aber eine Unsicherheit gegenüber dem Verhalten der neuen Virusmutationen. In diesem Gemisch unterschiedlicher Fakten ist unsere Landesregierung gezwungen, nun aufzuzeigen, wohin der Weg gehen soll. Dass die Interpellanten vereinzelt auf den Regierungsrat geschlagen, dabei aber die Landesregierung gemeint haben, verzeihen wir an dieser Stelle. Künftige Anfragen und Kritik sind an folgende Adresse zu richten: Schweizerischer Bundesrat, Bundesgasse 3, 3003 Bern. Der Regierungsrat mischt sich nicht öffentlich in die Diskussion ein oder kritisiert den Bundesrat. Das bringt nichts und schafft kein Vertrauen. Covid bedeutet für den Regierungsrat, aber auch für den Bundesrat permanent, Entscheidungen auf aktuellen Fakten basierend zu treffen, die sich zwei Tage später vielleicht schon wieder völlig verändert haben und dann von allen wieder kritisiert werden. Es ist nicht so einfach. Ob die heutige Diskussion nun eher ein Aufwirbeln von Aerosolen oder ein Beitrag an Lösungen war, überlasse ich den Ratsmitgliedern. Ich kann aber versichern, dass der Regierungsrat mit Augenmass vorgeht, die Abwägung im Einzelfall aber nicht einfach ist. Wenn man eine sofortige Öffnung fordert, müsste man auch konsequent sagen, dass dies unter Inkaufnahme der entsprechenden Todeszahlen geschieht. Fordert man eine völlige Abschottung, müsste man auch konsequent sagen, dass dies unter Inkaufnahme der entsprechenden Schäden für die Wirtschaft und die Gesellschaft geschieht. Wenn man dies in einer Kurve betrachtet, heisst das: je steiler die Kurve, desto schlimmer die Folgen für die Gesundheit; je flacher die Kurve, desto schlimmer die Folgen für die Wirtschaft. Das Problem ist aber, dass es kein Patentrezept gibt, welches sowohl das eine wie auch das andere in allen Belangen voll befriedigen kann. In dieser Schwierigkeit befinden wir uns. Wie wir gesehen haben, divergieren die Meinungen maximal. Das macht es gerade so schwierig. "Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des anderen beginnt." Das Zitat ist zwar schon sehr alt, es hat aber immer noch Gültigkeit. Es stammt von Immanuel Kant und hat dazu geführt, dass ein Gesellschaftsvertrag erstellt wurde. Man ist vom "Hobbschen" Urzustand, bei dem jeder jedem auf den Kopf gegeben hat, weggekommen und hat Staaten gegründet, die nach Regeln funktionieren. Auch die aktuellen Situationen funktionieren nach Regeln. Der Bund ist gemäss Gesetzgebung "Übertragbare Krankheiten - Epidemiengesetz",

über das die Bevölkerung im Jahr 2012 befunden hat, an vorderster Front für die Bewältigung der Krise zuständig. Die Kantone sind es subsidiär. Es ist zwar eine besondere Lage, aber es funktioniert nicht im rechtsfreien Raum, und wir haben keine Diktatur. Das ist gut so. Aufgrund der Dynamik des Virus sind wir aber teilweise dazu gezwungen, schnelle Entscheidungen zu treffen, die nicht mit Referendumsfrist und Volksabstimmung machbar sind. Nun ist guter Rat teuer. Welches ist der richtige Weg? Sofort öffnen? Ein wenig zaghafter öffnen und dafür nachher nicht schliessen müssen? Im Nachhinein werden alle sagen, dass man es doch gewusst habe. Wenn man im Vorhinein entscheiden muss, ist es nicht ganz einfach. Ich beneide den Bundesrat nicht, der diese Entscheidungen aktuell wahrscheinlich gerade treffen muss, respektive die Entscheidungen für nächste Woche vorbereitet. Ich kann versichern, dass der Thurgauer Regierungsrat nichts lieber möchte, als der Gesellschaft die Freiheiten zurückzugeben. Er möchte der Wirtschaft nicht schaden und möglichst schnell öffnen. Das Ganze muss aber so ablaufen, dass nicht in kurzer Zeit wieder ein Lockdown stattfindet. Das wäre schlussendlich noch schlimmer. Wir werden uns in der Stellungnahme zuhanden der Landesregierung mit Vernunft und Augenmass, aber sachlich äussern.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Präsident: Das Geschäft ist erledigt.